



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 4

**Neue Regierung –
Das will IG Metall**

LEBEN

SEITE 18

**Rechtsschutz –
Was er bietet**

ARBEIT

SEITE 24

**Lohnkürzung –
Was tun?**

BEZIRK

SEITE 28



BETRIEBSRAT

Kompetenz für gute Arbeit

THEMEN IM HEFT



Foto: Thomas Range

Betriebsrat: »Hier bestimmen wir mit«

Die Mitbestimmung: Arbeitnehmer mischen sich kompetent ein. Nicht nur in der Politik, wo die IG Metall die Ausweitung der Kurzarbeit durchgesetzt hat. Und nicht nur in fernen Aufsichtsräten großer Konzerne. Sondern auch hautnah im kleinen Betrieb um die Ecke, wo sich Betriebsräte täglich für Kollegen und Arbeitsplätze einsetzen. So wie bei Bals Elektrotechnik im Sauerland. Dort gibt es seit zwei Jahren einen Betriebsrat (Foto), der damals bei Null angefangen hat. Und trotz bitterer Momente in der Krise ist hier vieles besser geworden. **SEITEN 10 BIS 13**

Titelfoto: Thomas Range



Foto: Achim Scheidemann / Picture-Alliance

Umbau bei ThyssenKrupp

Ein Teil des Managements will von der bewährten Mitbestimmungskultur nichts mehr wissen. Ein Interview mit Bezirksleitern. **SEITE 8 UND 9**



Foto: www.BilderBox.com

Kostenlose Beratung

Für Mitglieder bietet die IG Metall kostenlose Rechtsberatung bei Anwälten, die mit der IG Metall zusammenarbeiten. **SEITE 18**

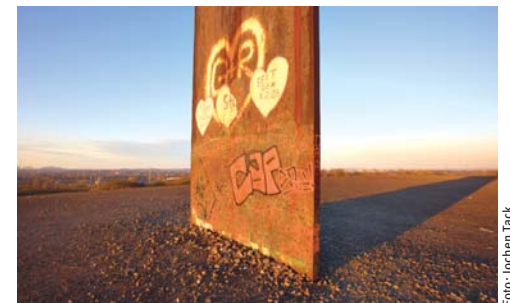


Foto: Jochen Tack

Metaller formen Stahlkunst

Durch Druck auf die Banken rettete die IG Metall die Firma Pickhan, Hersteller weltberühmter Skulpturen. **SEITE 23**

Anzeige



Solidaritärer!
Krisenhilfe für Betriebsräte
www.dgb-bildungswerk.de

IMPRESSUM metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall

Herausgeber:
Berthold Huber,
Detlef Wetzel, Bertin Eichler

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon: 0800-446 38 25
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantw. i.S.d.P.)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund (sro)

Chefin vom Dienst:
Ilka Grobe (ig)

Redaktion:
Volker Beck (vb), Dirk Erb (de),
Martina Helmerich (mh), Sylvia
Koppelberg (syk), Fabienne Mel-
zer (fam), Antonela Pelivan (ap)

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Beate Albrecht, Marion Brunsfeld
www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb:
Reinhold Weißmann
Telefon: 069-66 93-22 24,
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon: 06151-81 27-0
Fax: 06151-89 30 98
E-Mail: info@zweiplus.de

metallzeitung erscheint monatlich
(zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder
der IG Metall ist der Bezug im
Beitrag enthalten. Das Papier,
auf dem die **metallzeitung** gedruckt
wird, besteht zu 70 Prozent aus Alt-
papier und zu 30 Prozent
aus PEFC-zertifiziertem Holz, das
aus nachhaltiger Waldbewirt-
schaftung in Bayern und Baden-
Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metallzeitung** gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

INDUSTRIE SCHÜTZEN



Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, über die Konsequenzen aus der Bundestagswahl. An der wirtschaftlichen Realität kann auch eine schwarz-gelbe Mehrheit nicht vorbeiregieren.

Foto: Gabby Gerster

Die neue Regierung muss große Aufgaben meistern

Die Wirtschaftskrise ist nicht überwunden. Die große Herausforderung für Schwarz-Gelb heißt deshalb: Arbeitsplätze sichern!

Deutschland hat gewählt. Das Ergebnis vom 27. September hat mehrere Konsequenzen. Die neue Bundesregierung ist Schwarz-Gelb. Wir sind endgültig im Fünf-Parteien-System angekommen. Die SPD muss sich nach der für sie bitteren Wahlniederlage in der Opposition erneuern. Unverändert sind dagegen die Rahmenbedingungen für künftige Regierungspolitik. Die Folgen der Wirtschaftskrise dürfen nicht auf den Arbeitsmarkt übergreifen. Deutschland hat sich bisher erfolgreich gegen die Krise gestemmt: mit Kurzarbeit, Abwrackprämie und entschlossenen Konjunkturprogrammen. Wir müssen weiter um jeden Arbeitsplatz kämpfen!

Dafür braucht eine Regierung Weitsicht und Augenmaß. Die FDP musste schon in den ersten Tagen der Koalitionsverhandlungen erkennen, dass ein plärrender Oppositions-Lautsprecher dafür nicht geeignet ist. Es geht jetzt um nichts weniger als die Zukunft des Industrie-

Standortes Deutschland! Akut bedroht sind Teile des deutschen Schiffbaus oder der Werkzeugmaschinenbau, vor allem im mittleren Neckarraum. Die Politik muss hier eingreifen, auch mit finanziellen Mitteln. Wir brauchen einen Rettungsschirm für notleidende Unternehmen. Insbesondere mittelständische Betriebe brauchen staatliche Unterstützung, um finanzielle Engpässe überwinden zu können.

Die IG Metall wird die neue Regierung an Taten messen. Wo möglich, kooperieren wir. Wenn notwendig, führen wir den Konflikt. Das wäre der Fall, wenn Gewerkschafts- oder Betriebsratsrechte geschliffen würden. Wir lassen auch nicht zu, dass Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Die Kosten der Finanzkrise dürfen nicht auf Arbeitnehmer, Arbeitslose und Renter abgewälzt werden. Würde das die Linie der neuen Regierung, wird sich die IG Metall einmischen. Darauf kann sich Schwarz-Gelb verlassen!

Berthold Huber

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Bundestagswahl**
Die Forderungen der IG Metall an die neue Regierung.
- 5 **Arena-Fotowettbewerb**
Die Gewinner
- 6 **Elektroautos**
Wie sie die Branche verändern werden.
- 7 **Metaller gegen Job-Abbau**
In vielen Städten startete ein heißer Herbst.
- 8 **Interview**
Die Bezirksleiter Blankau und Burkhard über ThyssenKrupp
- 9 **Chef bespitzelt Betriebsrat**
Statt Wiedergutmachung folgt auch noch Strafanzeige.

TITEL

- 10 **Betriebsrat sorgt für gute Arbeit**
Wie vieles besser wurde.

REPORTAGE

- 14 **20 Jahre nach dem Mauerfall**

LEBEN

- 18 **Rechts so**
Auch Arbeitslose müssen sich krank melden.
- 18 **Rechtsschutz**
Für eine Beratung zahlen Mitglieder keinen Cent.
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
Valentin Luschenz soll gekündigt werden.

- 20 **Mutter-Kind-Kur**
Anspruch für Mütter und Väter
- 21 **Rätsel**

ARBEIT

- 22 **Putzmeister in Aichtal**
Von Entlassungen redet jetzt keiner mehr.
- 23 **Betriebsrätepreis**
ZF Friedrichshafen gewinnt Betriebsrätepreis in Silber.
- 23 **Stahlkunst aus dem Siegerland**
Pickhan Umformtechnik macht aus Rohstahl Kunst.
- 24 **In Kürze**
- 24 **Lohnkürzung**
Darf der Arbeitgeber das Weihnachtsgeld kürzen?
- 25 **Besser mit Bildung**
Trumpf: Zwei Wochen Quali für alle in der Krise
- 25 **Schichtarbeit**
»Abendmenschen« kommen mit Schichtarbeit besser klar.
- 26 **Bundestagswahl**
Oliver Sartorius erklärt, warum die SPD verlor.
- 27 **Stichwortsuche**
Was macht die »CDA«?
- 27 **Die Zahl**
91 Prozent der Männer wollen Job und Familie vereinbaren.
- 27 **Karikatur: Biggi Stahl**

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales oder Karikatur**

In eigener Sache

Bei Redaktionsschluss waren die Koalitionsverhandlungen noch nicht abgeschlossen. Aktuelle Infos unter: ► www.igmetall.de

BUNDESTAGSWAHL

Kooperation, wo sie möglich ist

Die IG Metall hatte sich vor der Wahl klar gegen eine Schwarz-Gelbe Regierung ausgesprochen. Was nun?

Erst der Wahlsieg von Schwarz-Gelb, jetzt die Quittung für die Beschäftigten? Die FDP lässt ihre Muskeln spielen. In den vergangenen Tagen während der Koalitionsverhandlungen sprachen die Liberalen weiterhin von Plänen zum Abbau des Kündigungsschutzes, von betrieblichen Bündnissen, davon, das Recht auf einen Betriebsrat von fünf Mitarbeitern auf 20 zu erhöhen und sogar von einer Verkleinerung der Aufsichtsräte. Alles Angriffe auf die Interessen der Beschäftigten, also vieler Menschen, die die FDP letztendlich wählten.

Ob solche Eckpunkte tatsächlich auch Schwarz auf Weiß in den Koalitionsvertrag der neuen Regierung geschrieben werden, stand bei Redaktionsschluss der metallzeitung noch nicht fest.

Fest steht aber: Die IG Metall wird nicht tatenlos zusehen, wie die FDP an der Mitbestimmung rumschraubt. »Wir sagen: Kooperation wo möglich, Konflikt wo nötig«, erklärt der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber. Seine Forderung: Beschäftigungssicherung und Stabilisierung der industriellen Wertschöpfungskette, das bleibt auch künftig für Schwarz-Gelb die Hauptaufgabe.

Fairen Kurs. Huber setzt auf die Vernunft von Angela Merkel. Die Bundeskanzlerin hat bisher gegenüber Arbeitnehmern einen fairen Kurs gefahren. Und die IG Metall will, dass dies auch künftig so bleibt. Denn alles andere würde zu Spannungen in der Gesellschaft und zu Konflikten in den Betrieben führen. Zusammen mit der Schwarz-Roten Regierung konn-



Ein altes Wahlplakat der Kanzlerin. Die IG Metall setzt darauf, dass sie sich auch in der Schwarz-Gelben Koalition für Arbeitnehmerrechte einsetzt.

Foto: Karl-Heinz Hick / Jocker

ten die Gewerkschaften in der Krise viele Entlassungen verhindern.

Die Verlängerung der Kurzarbeit hat gewirkt. Die neusten Zahlen des Europäischen Statistikamts bestätigen dies. Denn Deutschland steht in der Krise besser da als der Europäische Durchschnitt. Zwar ist das Bruttoinlandsprodukt hier um 7,1 Prozent geschrumpft, in den EU-Mitgliedsländern hingegen um nur 5,5 Prozent. Aber in Deutschland stieg die Arbeitslosenquote um nur 0,4 Punkte auf 7,7 Prozent. In den andern EU-Ländern hingegen stieg diese Quote um 2,2 Prozent auf 9 Prozent an. Ein Erfolg, den auch die Kanzlerin der deutschen Mitbestimmung auf die Fahne schreibt.

Druck machen. Die Forderung der IG Metall liegt deshalb auf der Hand. Weitere Regelungen zur Kurzarbeit sind gefragt. Aber auch die Altersteilzeit muss weiter gefördert werden und ist mit einer Beschäftigungsbrücke zu verbinden. Huber: »Denn nur so bekommen junge Menschen auch in der Krise eine Chance.« Und: Die Regierung muss die industriellen Kerne über die Krise retten. Wenn sie erst einmal weggebrochen sind, dann ist das für immer. Deshalb macht sich die IG Metall auch bei Schwarz-Gelb für eine nachhaltige Industriepolitik stark, die die deutsche Wirtschaft zukunftsfähig macht. »Der Markt allein wird es eben nicht regeln«, betont Huber. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Wo IG Metall weiter politischen Einfluss nehmen wird

Trotz einer Schwarz-Gelben Regierung wird die IG Metall in der Politik weiter mitreden und Einfluss nehmen. Zum Beispiel:

- **in zahlreichen politischen Ausschüssen,**
- **über die CDA** – die Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG Metall,
- **in Gesprächen mit Politikern aller Parteien** auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene,
- **und über den DGB.**

Aktuelle Infos und Analysen zum Koalitionsvertrag unter:

► www.igmetall.de

Eine Wahlanalyse des Instituts Infratest gibt es auf Seite 26.

Und wer die CDA ist und was sie will auf Seite 27 und unter

► www.cda-bund.de

Regina, was plant die CDU?

Regina Görner ist nicht nur Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Sie gehört auch dem Bundesvorstand der CDU und der CDA an.



Regina Görner steht für den Arbeitnehmerflügel in der Union.

metallzeitung: Regina, als Vorstandsmitglied der CDU, wie viel kannst Du dort für die Interessen der Beschäftigten erreichen?

Regina Görner: Die CDU ist eine Volkspartei, da sind wir Arbeitnehmer eine Gruppe von vielen. Wir werden ernst genommen, aber wir müssen natürlich um Mehrheiten kämpfen. Aber das sind wir gewohnt.

metallzeitung: Müsst Ihr jetzt noch mehr kämpfen?

Görner: Mit der FDP wird es jedenfalls nicht leichter, beispielsweise bei Forderungen nach Verbesserungen bei der Leiharbeit. Aber jedenfalls muss die CDU in der neuen Koalition sich nicht ständig rechts von der SPD abgrenzen. Das kann man der FDP überlassen.

metallzeitung: Die FDP hat angedroht, viele Arbeitnehmerrechte zu beschneiden.

Görner: Der Arbeitnehmerflügel der CDU wird das jedenfalls nicht widerspruchslos hinnehmen. Und Angela Merkel hat klar gesagt, dass sie das nicht will. Das ist auch ein Ergebnis unserer Arbeit in der Union. Letztlich brauchen wir immer Mehrheiten im Parlament. Und die dafür nötige Überzeugungsarbeit können alle Metallrinnen und Metaller unterstützen. Gespräche mit den jeweiligen Bundstagsabgeordneten können eine Menge bewegen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

1 Wenn der Vater mit dem Sohne: Während der Papa einer Rede lauscht, hofft der Sohn wieder auf Action. Die Musik- und Showeinlagen findet er spannender.



Foto: Nathalie Bechtel-Obst

2 Murielle geht zwar noch zur Schule, macht sich aber schon mal für ihre Zukunft stark. Ein besonderer Tag, auch weil sie am 5. September Geburtstag hatte.



Foto: Anna Wichert



Foto: Holger Bischoff

3 Jonathan war mit seinen Eltern auf den oberen Rängen. Ein guter Überblick und genug Platz zum Jubeln.

Die besten Fotos unserer Mitglieder

5. September im Frankfurter Fußballstadion: 46 000 Metallrinnen und Metaller waren bei der Kundgebung dabei. Und 100 haben beim Fotowettbewerb mitgemacht. Jeder konnte auf der Internetseite der IG Metall abstimmen, wer der Sieger sein soll. Fotos mit Kindern sind natürlich ganz vorne dabei. Gewonnen haben Anna Wichert aus Kamen, die Familien Bechtel-Obst aus Wörth und Familie Bischoff aus Bremen. ■

Über 500 Journalisten wollen Brenner-Preis gewinnen



»Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit«, diese Maxime galt für den ehemaligen Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner. Und dies gilt auch heute noch. Vor allem für Journalisten. Deshalb vergibt die Otto Brenner Stiftung, die Wis-

senschaftsstiftung der IG Metall, am 17. November in Berlin zum fünften Mal ihren Preis für kritischen Journalismus.

Der Brenner Preis zählt mittlerweile zu den großen renommierten Journalistenpreisen in Deutschland. Insgesamt haben sich über 500 Journalistinnen und Journalisten beworben. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Mit dem Stromauto wird vieles anders

Mit dem Elektroauto wird sich auch die Autoindustrie verändern: Wenn immer mehr Autos mit Strom fahren, hat das langfristige Folgen für die Branche und die Beschäftigten. Die IG Metall sucht nach intelligenten Konzepten und Lösungen.



Foto: MENNEKES Elektrotechnik GmbH & Co. KG

Es fährt nahezu geräuschlos und verpestet nicht die Umwelt: Das Auto der Zukunft gibt es schon in vielen Prototypen und viele hätten es gerne, wenn es bezahlbar wäre. Nicht erst seit der Internationalen Automobil Ausstellung in Frankfurt sind Elektroautos Thema Nummer eins.

Richtig serienreif ist bisher der iMiEV, den Mitsubishi in Japan produziert. Nächstes Jahr kommt er auf den deutschen Markt (siehe auch Beitrag in der metallzeitung 5/2009, S. 25).

Auch der gute alte Trabi kommt wieder, und zwar als Elektroauto. Als Trabant nT (Spitzengeschwindigkeit 130 km/h) erlebt die legendäre DDR-Rennpappe ihr Comeback.

Hoher Forschungsbedarf. Alle großen deutschen Hersteller haben Elektroautos in der Pipeline. Der Ampera von Opel kommt im nächsten Jahr und der e-UP von Volkswagen 2013 auf den Markt. Daimler will 2014 mit einer Öko-A-Klasse in Serie gehen. BMW plant für 2015 kleine Stadtautos mit Stromantrieb.

Zwei Hauptprobleme müssen durch Forschung und Entwicklung noch gelöst werden: Die begrenzte Reichweite der Batterien und die hohen Kosten von rund 10 000 Euro pro Akku. Bis 2020 sollen sie nur noch halb so viel kosten, viermal mehr Ladezyklen verkraften und schneller aufladbar sein.

Für die Beschäftigung bergen die neuen Trends in der Autobranche Chancen und Risiken. Bundesweit könnte die Elektromobilität rund 50 000 zusätzliche Arbeitsplätze bringen, sagt Jürgen Garche vom Stuttgarter Zentrum

Was ändert sich durch den Elektroantrieb?

■ Andere Motoren

Ein Auto mit Elektroantrieb braucht weder Getriebe, Auspuff noch Katalysator. Auch Tank, Kolben und Zylinder sind nicht mehr nötig.

■ Knackpunkt Reichweite

Noch sind die Batterien nicht so leistungsfähig, dass ein Elektroauto mehrere hundert Kilometer zurücklegen kann. Auch die Zahl der Ladezyklen ist begrenzt. Nach rund 1000 Mal Aufladen ist Schluss.

■ Prognose

Bis 2020 könnten laut Entwicklungsplan der Bundesregierung eine Million Elektrofahrzeuge am Markt sein. Das wären zwei Prozent des deutschen Gesamtbestands.

■ Umweltbilanz

Ein Gewinn für die Umwelt sind Elektroautos erst dann, wenn sie mit regenerativer Energie fahren.

■ Crux mit dem Stecker

Ungeklärt ist die Frage, welche Steckernorm zum Aufladen der Batterie sich durchsetzt.

für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung (ZSW). Chemie- und Kunststoffspezialisten dürften eine wesentliche Rolle dabei spielen, das Gewicht der Fahrzeuge zu reduzieren. Doch auf die Automobilindustrie, die derzeit ohnehin durch Wirtschafts-, Absatz- und Strukturkrise heftig gebeutelt ist, kommen schwere Zeiten zu.

Viele Risiken. Die Fertigungstiefe und damit die direkte Beschäftigung in der Produktion von Fahrzeugen wird bei den großen Herstellern zurückgehen. Auch die Zuliefererindustrie wird der Technologiewandel über kurz oder lang treffen. Völlige andere Produktionsketten werden sich bilden. Auch das KFZ-Gewerbe wird sich verändern, denn Elektroautos sind weniger wartungsintensiv, weil die besonders reparaturanfälligen Teile wie Getriebe, Auspuff und Katalysator entfallen.

Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen plädiert die IG Metall für einen Branchenrat »Zukunft der Mobilität«, in dem zukunftsfähige Konzepte erarbeitet werden. Sie fordert außerdem eine gezielte Förderung der Zuliefererindustrie, von denen die entscheidenden Innovationen erwartet werden.

Gewerkschaften, Industrieverbände und Politik müssen gemeinsam daran arbeiten, dass der Strukturwandel der Autoindustrie in Deutschland gelingt, sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber. Er forderte von der neuen Regierung, die drastischen Umwälzungen in der Branche mit zukunftsfähigen Konzepten zu begleiten. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de



Foto: Maurizio Gambarini / Picture-Alliance

Vor der Hamburger Werft Blohm+Voss bauen Jugendliche Pappkartons auf. Sie wollen klar machen, dass junge Leute eine berufliche Perspektive haben wollen und nicht mit Leiharbeit oder befristeten Jobs abgespeist werden wollen.

Stürmischer Herbstbeginn

Jugendliche an der Küste und Beschäftigte aus Stuttgarter Maschinenbaubetrieben engagierten sich im Oktober mit Aktionen für sichere Arbeit.

»Die Krise ist nicht unsere Krise. Wir haben die nicht verschuldet«, stand auf Türmen aus Pappkartons, die Jugendliche der IG Metall am 7. Oktober morgens früh in Hamburg vor der Werft Blohm+Voss aufgebaut hatten. An diesem Tag machten auch Jugendliche bei der Volkswerft Stralsund, Daimler in Bremen, Jürgensen in Flensburg und anderen Betrieben bei Aktionen mit – insgesamt bei mehr als 70 Firmen an der gesamten Küste. Sie wollten zeigen, dass sie nicht die Leidtragenden der Krise werden wollen, sondern sichere Arbeitsplätze und berufliche Perspektiven brauchen.

Maschinenbauer aktiv. Auch in anderen Regionen gab es im Oktober Aktionen, Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen für sichere Arbeitsplätze. Zum Beispiel bei einer Aktionswoche in Baden-Württemberg. In Stuttgart belagerten vom 13. bis 15. Oktober Beschäftigte der Maschinenbaufirmen Traub, Index, Heller und KBA MetalPrint die Landesbank. Bei MetalPrint sind am Standort Zufenhäuser die Hälfte der 300 Ar-



Foto: Joachim Röttgers / Graffiti

In Stuttgart demonstrierten gut 800 Beschäftigte der Firmen Index und Traub vor der Landesbank.

beitsplätze bedroht, bei Heller 450 Stellen, das ist jeder Dritte, und bei Index und Traub jeder Zweite: fast 1000.

Die Belegschaften forderten eine »fairere« Kreditpolitik der Banken. Von der Landesregierung verlangten sie ein industriepolitisches Konzept, das den Firmen hilft, sich an neue wirtschaftliche Bedingungen anpassen zu können.

Die neue Bundesregierung forderten sie vor allem auf, Kurzarbeitergeld auch 2010 bis zu 24 Monate lang zu zahlen; diese Regelung läuft sonst Ende 2009 aus. Und die Betriebe sollen die Kurzarbeit auch weiter nutzen statt Menschen zu entlassen. Denn selbst wenn sich die Wirtschaft wieder leicht erholt, sind bis 2013 allein in der Metall- und Elektroindustrie nach Expertenschätzung fast eine halbe Million Arbeitsplätze bedroht. Bisher hat Kurzarbeit in diesen Branchen rund 240 000 Stellen erhalten. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Was die IG Metall alles fordert, um die Arbeitsplätze in der Krise zu sichern, findet sich unter:

► www.igmetall.de/metalzeitung

Erfolgreich beendet

IG Metall und »alternative« gehen mit einer Liste in die Betriebsratswahlen.

2006 kandidierte bei der Betriebsratswahl ein Teil der IG Metall-Vertrauensleute und Betriebsräte im Mercedes Benz-Werk Untertürkheim auf einer oppositionellen Liste namens »alternative«. Diese Fraktionierung belastete die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb. »Als Vertreter der IG Metall im Betrieb sind wir in der Verantwortung für die gesamte Belegschaft am Standort«, sagt Wolfgang Nieke, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender in Untertürkheim. »Die Spaltung im Betriebsrat hat unsere Mitglieder frustriert und uns viel gewerkschaftliche Kraft gekostet.«

Gemeinsame Liste. Deshalb begannen vor etwa zwei Jahren Gespräche mit dem Ziel, die »alternative« in die Strukturen der IG Metall zu integrieren. Mit am Tisch: Vertreter der IG Metall-Betriebsräte, der »alternativen« und die IG Metall Stuttgart. »Wir wollten die unterschiedlichen Meinungen und Positionen in unserer IG Metall abbilden. Und mit einer gemeinsamen Liste bei der Betriebsratswahl 2010 antreten«, sagt Uwe Meinhardt, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Stuttgart. Erster und entscheidender Schritt: die Bildung einer gemeinsamen Fraktion. Zeitgleich hat die IG Metall Stuttgart die Betriebsräte der ehemaligen Fraktion »alternative« als Vertrauensleute bestätigt.

»Für die vereinbarte Kandidatur aller Metaller auf einer gemeinsamen Liste muss sich niemand verbiegen«, erklärt Tom Adler von der »alternative«. »Für uns steht im Zentrum, unzensuriert öffentlich sagen zu können, was in die falsche Richtung läuft. Kapital und Kabinett halten für die Belegschaften keine gute Zukunft bereit.« ■

Jordana.Vogiatzi@igmetall.de

Bank bestellt Studie

Wess' Brot ich ess, dess' Lied ich sing: Das Stichwort passt genau auf eine neue Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge. Ziel des Instituts ist es, die private Altersvorsorge zu fördern. Die Studie fand angeblich heraus, dass vor allem ältere Arbeitnehmer ihre künftigen Renten zu hoch einschätzen. Diese Panikmache geht auf das Konto der Deutschen Bank. Sie ist Auftraggeber dieser Studie. Ihr Ziel: sofort den privaten Rentenberater der Bank anrufen. Der Verbraucherschutz hingegen rät jungen wie älteren Beschäftigten: Lieber mit den Altersvorsorgeberatern in den örtlichen Verbraucherzentrale reden. Auch die Deutsche Rentenversicherung Bund hilft bei Fragen zur Rente und verschickt regelmäßig Auskünfte zu den Rentenanwartschaften der Versicherten.

► www.deutsche-rentenversicherung-bund.de

Chance für Jungingenieure

In Baden-Württemberg müssten viele junge Mathematiker, Ingenieure, Naturwissenschaftler und Techniker (»MINT-Berufe«) von der Uni direkt in die Arbeitslosigkeit gehen, gäbe es nicht ein neues Beschäftigungsprogramm: Die Landesregierung sponsert mit neun Millionen Euro etwa 500 Jungingenieursstellen an den Unis. Aus der Industrie kommen Technologietransfer-Projekte, die den Personalbedarf an den Unis fördern sowie gleichzeitig die Technikforschung in Deutschland. Die Idee für dieses MINT-Beschäftigungsprogramm geht auf eine Initiative von IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann zurück und wurde von Ministerpräsident Günther Oettinger aufgegriffen. Das Programm ist auch das wichtige Signal an Abiturienten, dass die MINT-Berufe Zukunft haben. In der Wirtschaftskrise der 90er-Jahre war nämlich die Studierendenzahl in diesen Fächern rapide zurückgegangen. Jörg Hofmann erklärt: »Diesen Fehler dürfen wir nicht wiederholen. Mit den Folgen musste die Industrie noch jahrelang kämpfen.«

INTERVIEW



»Alles für die Rendite«

Bei ThyssenKrupp ist vieles im Umbau, der zivile Schiffbau wird in Frage gestellt. Ein Teil des Managements will von der bewährten Mitbestimmungskultur nichts mehr wissen. Die IG Metall-Bezirksleiter Jutta Blankau und Oliver Burkhard nehmen Stellung.

metallzeitung: Der ThyssenKrupp-Konzern schreibt rote Zahlen.

Wie kam es zu dieser Schieflage?

Oliver Burkhard: Jahrelang gab es exzellente Ergebnisse in Milliardenhöhe. Die Beschäftigten haben hart dafür gearbeitet. Die Wirtschaftskrise hat jetzt tiefe Spuren hinterlassen, aber manche Probleme sind auch hausgemacht.

metallzeitung: Wie stark ist die Küste davon betroffen?

Jutta Blankau: ThyssenKrupp will sich aus dem zivilen Schiffbau verabschieden. Alle Standorte stehen zur Disposition. Gegen heftigsten Widerstand wurden die Nordseewerke in Emden an den Windkraftanlagenhersteller SIAG verkauft. Auch bei ThyssenKrupp Krause in Bremen und ThyssenKrupp Fahrtruppen in Hamburg stehen hunderte Jobs auf dem Spiel.

metallzeitung: Wie haben die Menschen in der Region reagiert?

Blankau: Die Beschäftigten der Nordseewerke hatten unglaublich

große Unterstützung. Unter dem Motto »Eine Region steht zu ihrer Werft« kamen in wenigen Tagen 24 000 Unterschriften für den Erhalt des Schiffbaus zusammen. Auch der niedersächsische Landtag hat sich für die Werft stark gemacht. Die Kieler, Hamburger und Emdener haben in Hamburg gemeinsam demonstriert.

Burkhard: Unsere Vertreter im Aufsichtsrat hatten größte Bedenken und haben gegen den Verkauf gestimmt. Es war immer die Stärke von ThyssenKrupp beim Schiffbau breit aufgestellt zu sein, Monostrukturen sind krisenanfälliger. Die Arbeitgeberseite war zu diesem Zeitpunkt für unsere Argumente nicht offen und hat uns im Aufsichtsrat überstimmt.

metallzeitung: ThyssenKrupp hat bisher immer den Ausgleich mit den Arbeitnehmern gesucht. Setzt das Management nun auf Konfrontation statt auf Kooperation?

Blankau: Dass nun der Vorsitzende des Aufsichtsrates sein Doppelstimmrecht genutzt hat, zeigt, wie wenig ThyssenKrupp die Mitbestimmung wert ist. Wir wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Das ist ein bislang nie dagewesener Kulturbruch.

metallzeitung: Der Verkauf wurde in nur vier Wochen durchgepeitscht. Warum diese Eile?

Burkhard: Das Management wollte die Kosten der Umstrukturierung nicht ins neue Geschäftsjahr übernehmen, um vor den Analysten gut dazustehen. Dieses Beispiel zeigt: Leider entscheiden im Zweifelsfall ein paar Analysten über die Zukunft von 170 000 Beschäftigten im Konzern. Die Zockerei ist also immer noch im Gange.

metallzeitung: Was bedeutet das für die Belegschaft in Emden?

Blankau: IG Metall, Betriebsrat und Landesregierung haben einen Zukunftsvertrag durchgesetzt. Ziel war es, weitreichende Sicherheit



Foto: Carmen Jaspersen / Picture-Alliance

Eine Region steht zu ihrer Werft und kämpft für den Erhalt des Schiffbau.

der Beschäftigten beim neuen Eigentümer SIAG zu erreichen. Die Neuausrichtung auf Windkraft begrüßen wir, wir wollten aber auch die Schiffbaukompetenz erhalten. Dies ist im Vertrag erreicht. Neben dem Engineering bleiben 50 Arbeitsplätze in der Reparatur und Ausrüstung in Emden erhalten.

metallzeitung: Wie werden die Arbeitsplätze abgesichert?

Blankau: ThyssenKrupp bleibt zu 20 Prozent beteiligt. Der Personalabbau soll ohne betriebsbedingte Kündigungen ablaufen. Ein Integrationsbeirat soll den Strukturwandel begleiten.

metallzeitung: Und wie geht es weiter bei ThyssenKrupp?

Burkhard: Das Management muss den Umbau fair, sozial und anständig gestalten. Sonst gibt es einen Riesenkrach und die Neuausrichtung des Konzerns wird scheitern. Mit dem jetzt erreichten Kompromiss ist das Schlimmste verhindert. Die Doppelstimme des Vorsitzenden war aber ein tiefer Einschnitt. Wir werden uns das merken. ■

Volker.Beck@igmetall.de
Martina.Helmerich@igmetall.de



Foto: Gesa Becher

Jutta Blankau:
Bezirksleiterin Küste



Foto: Claus Portraits

Oliver Burkhard:
Bezirksleiter Nordrhein-Westfalen

Autohändler bespitzelt Betriebsrat

Statt Wiedergutmachung folgt Strafanzeige wegen Erpressung.



Foto: Imz

Wie im schlechten Film: Die Kamera war hinter einem Vorhang versteckt.

Nicht nur bei Lidl werden Beschäftigte ausgespäht. Auch im Autohaus Erdmann & Domke in Bielefeld. Dort zeichnete Geschäftsführer Andreas Erdmann mit versteckter Kamera samt Mikrofon die Betriebsratssitzung vom 28. Juli auf. Seine Erklärung: Er fühle sich von Betriebsratsmitgliedern bedroht.

Zum Hintergrund: Die Firma weigert sich seit über einem Jahr, einen Haustarifvertrag abzuschließen. Die Ausspionierten erstatteten Strafanzeige. Der zweite Geschäftsführer von Erdmann & Domke bat sie, den Fall nicht pu-

blik zu machen. Betriebsrat und IG Metall stimmten zu – falls im Gegenzug der umkämpfte Tarifvertrag zustande kommt. Doch als die Tarifforderungen auf dem Tisch lagen, geschah nichts. Dann erhielt die IG Metall ein Schreiben von Erdmanns Rechtsanwalt, sie erpresse den Autohändler.

Da platzte den Bespitzelten der Kragen – sie gingen an die Öffentlichkeit. Woraufhin Erdmann tatsächlich Strafanzeige wegen Erpressung gegen einzelne Betriebsräte erstattete. Ob und wann Anklage erhoben wird, ist offen. ■

Norbert.Huesson@t-online.de

PFLAUME DES MONATS

Rettet Thilo!

Der Zirkus Sarrazin und sein Direktor Thilo gaben in dem Kulturmagazin »Lettre International« eine neue Vorstellung des Programms »Wie mache ich mich (un-)beliebt!« zum Besten. Der Ex-Altgriechisch-Schüler, Ex-Bahnbeschäftigte, Ex-Berliner-Finanzsenator und vielleicht auch bald Ex-Bundesbanker fühlt sich von kleinen Kopftuchmädchen bedroht. Bei dem 64-jährigen stehen die Türken nicht vor Wien, sondern mitten in Berlin. Und ihre schärfste Waffe gegen den ängstlichen Banker heißt: Die Produktion kleiner Kopftuchmädchen. Darum, liebe Leser: Rettet Thilo! Ab in die Betten. Produziert kleine deutsche Gartenzwerge.



Foto: Arno Burg / Picture-Alliance



GABRIELE MAJOROS, BETRIEBSRATSMITGLIED

VON DIRK ERB UND MARTINA HELMERICH

»Früher wurden unsere Ideen hier nicht ernst genommen. ›Du hast hier zu arbeiten und Punkt‹, hieß es. Und keiner sagte was, weil sich ja dann sowieso nichts änderte. Seit wir einen Betriebsrat gegründet haben, kommen die Kollegen zu uns und sagen was sie wollen. Denn heute reden wir mit. Und ich rede viel mit den Leuten. Ich gehe jeden Tag früh morgens durch den Betrieb und höre zu.«

Kirchhudem im Sauerland. Ein unscheinbares Schild am Ortsrand weist auf den betonierten Feldweg zum Werk von Bals Elektrotechnik hin, das dort in einem Seitental zwischen Wäldern und Feldern liegt. Am Empfang sitzt Gabriele Majoros. Permanent klingelt das Telefon. Sie nimmt den Hörer ab und verbindet. So wie vor zwei Jahren. Damals rief sie bei der IG Metall an, um einen Betriebsrat zu gründen. So etwas hat es hier früher noch nie gegeben.

Heute bauen hier 135 Beschäftigte Elektro-Steckvorrichtungen und Verteilerkästen für Industrie, Bahn und für Gebäudeinstallationen. Der 82-jährige Seniorchef wohnt neben der

Betriebsrat, find ich gut, da mach ich mit!

- 1.** Besser mit Betriebsrat: Interessenvertretung heißt heute zuallererst Kampf um sichere Arbeitsplätze. Der Betriebsrat kann selbst initiativ werden durch intelligente Vorschläge wie flexible Arbeitszeitmodelle oder Innovationsoffensiven.
- 2.** Der Betriebsrat macht Arbeit sicher und fair: Er steht für mehr Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen. Er kümmert sich um sozialverträgliche Arbeitszeiten und um Qualifizierung für alle Beschäftigten.

BETRIEBSRATSARBEIT BEI BALS

Hier bestimmen wir mit

Arbeitnehmer mischen mit. So funktioniert Mitbestimmung. Und so werden Jobs gerettet. Denn: In den vergangenen Monaten verhinderten Betriebsräte und die IG Metall mit Kurzarbeit Massenentlassungen. Aber auch in anderen Bereichen sind sie aktiv. Ob Arbeitszeitregelungen, Gesundheitsschutz, Eingruppierungen oder Neueinstellungen: Betriebsräte gestalten den Arbeitsalltag. Auch in kleineren Betrieben. So wie bei Bals im Sauerland. Seit zwei Jahren gibt es hier einen Betriebsrat. Er bewirkt keine Wunder, doch vieles ist heute besser. Das geht auch anderswo: In jedem Betrieb ab fünf Beschäftigte können sich Arbeitnehmer ihren Betriebsrat wählen.

Foto: Thomas Ränge

Werkshalle in einer unscheinbaren Wohnung, über einer Garage, und schaut noch oft im Werk herein. Ein echter Firmenvater mit einer sozialen Ader. Ein echter Familienbetrieb. Gewerkschaft, Betriebsrat – wozu? So war das immer bei Bals. Bis vor zwei Jahren: Von heute auf morgen wurden 40 Beschäftigte entlassen.

»Ich fand das einfach unmöglich«, erinnert sich Gabriele Majoros. »Die Beschäftigten wurden zusammengerufen, die Namen der Entlassenen verlesen: Vorkommen, Kündigung unterschreiben – und nach Hause gehen.« Keine Gründe. Keine Zahlen. Und eine Woche vorher hieß es noch: Alles in Ordnung. Überall wurde in den Pausen hinter vor-

gehaltener Hand geredet – und immer mehr über Betriebsrat und Gewerkschaft. Gabriele Majoros, die jeden Morgen ihre Runde durch den Betrieb dreht, redete mit vielen – und nahm schließlich den Hörer in die Hand.

Und dann ging alles ganz schnell: Ein erstes Treffen mit Mitstreitern und der IG Metall in einer Gaststätte. Ganz vorsichtig, im kleinen Kreis, betont André Arenz von der IG Metall Olpe. »Wenn in der Vorbereitungsphase der Betriebsratswahl etwas an die Geschäftsleitung durchsickert, wird es für die Leute gefährlich. Wir als IG Metall müssen die Leute schützen – und gleichzeitig schnell agieren.« Zwei Wochen später hing der Aufruf zur Wahl

am schwarzen Brett. Die Geschäftsleitung sträubte sich und wollte die IG Metall nicht ins Werk lassen. Doch nach einem deutlichen Brief, notfalls die rechtmäßige Wahl gerichtlich durchzusetzen, war der Weg frei.

»Klar: Die konnten hier 50 Jahre lang machen, was sie wollten, ohne dass jemand reinredete. Das war für die nicht einfach. Aber nachdem wir denen ein paar Grenzen aufgezeigt haben, lief das«, erinnert sich der heutige Betriebsratsvorsitzende Carsten Wick. Er saß damals bei der Wahlversammlung in der ersten Reihe, wurde von Kollegen zur Wahl vorgeschlagen – und hat es einfach gemacht. »Nein. Angst habe ich nicht gehabt«, erzählt

Fortsetzung auf Seite 12 >>

3. Ein Betriebsrat zahlt sich aus: Betriebe mit Betriebsrat bezahlen mehr als zehn Prozent höhere Löhne als solche ohne eine gewählte Interessenvertretung. Geringverdiener und Frauen profitieren davon in erster Linie.
4. Mit Betriebsrat hat jeder mehr Rechte: Der Betriebsrat hilft bei individuellen Konflikten, geht Beschwerden nach, überprüft Eingruppierungen und widerspricht einer ungerechtfertigten Kündigung.

»Ich habe gesehen, dass im Betrieb vieles falsch läuft – und wollte lieber selbst was bewegen und gestalten, statt mich über andere zu beschweren. Mir macht die Arbeit und das Diskutieren mit Leuten einfach Spaß.«



**MARKUS HINRICHS,
STELLVERTRETENDER
BETRIEBSRATSVORSITZENDER**

>> Fortsetzung von Seite 11

Wicks Stellvertreter Markus Hinrichs. »Ich habe gesehen, dass im Betrieb vieles falsch läuft – und wollte lieber selbst was bewegen und gestalten, statt mich über andere zu beschweren. Mir macht auch die Arbeit und das Diskutieren mit Leuten einfach Spaß.«

Der Betriebsrat fängt bei Null an. In den ersten Monaten trifft sich der neue Betriebsrat in einem Aufenthaltsraum. »Wir hatten zwar keine Angst – schlimmer konnte es ja kaum werden. Aber wir haben schon gedacht: Was fahren die jetzt für Geschütze auf?«, erinnert sich Gabriele Majoros.

Doch die Geschäftsleitung begreift bald, dass sie mit dem Betriebsrat – trotz aller Meinungsverschiedenheiten – konstruktiv zusammenarbeiten kann. Seither hat der Betriebsrat bei Bals in Kirchhundem vieles verbessert: Mehrarbeit, Arbeitszeitkonten und Urlaubsverfahren sind klar geregelt. In der Werkshalle gibt es endlich eine Staubabzugsanlage. Der Betriebsrat hat heute ein ordentliches, neues Büro. Und von den Entlassenen sind viele heute wieder im Betrieb. Derzeit geht der Betriebsrat gerade die Einführung des Entgelttarifments (Era) an. Denn Bals zahlt zwar Tariflöhne – doch die Eingruppierungen spiegeln oft nicht die tatsächliche Arbeit wider.

Ohne die IG Metall, ihre Beratung und ihre Seminare – und vor allem ihre rundum-Betreuung in der Anfangszeit – wäre das alles nicht möglich gewesen, weiß der Betriebsrat. »Wir haben ja bei Null angefangen, hatten keine Ahnung und kannten keine Gesetze«, betont Wick. »Ich rufe immer noch mindestens einmal in der Woche bei der IG Metall an, wenn wir Probleme oder Fragen haben.«

Zwei Mitglieder hatte die IG Metall vor zwei Jahren bei Bals. Heute sind es 53. Mittlerweile haben Wick und Hinrichs mehrere IG Metall-Seminare besucht. »Das ist sehr wichtig – nicht nur wegen des fachlichen Stoffs«, sagt Hinrichs. »Besonders wertvoll war auch der Austausch mit erfahrenen Betriebsrats-Kollegen aus anderen Betrieben, die uns auch jetzt noch Tipps geben.«

Ende 2008 kommt die Krise. Bals wird voll erwischt. Die Aufträge brechen massiv ein. Doch von der Geschäftsführung kommt zunächst keine Reaktion – und keine Zahlen zum

Ausmaß der Krise. Der Betriebsrat wird selbst aktiv und spricht die Geschäftsführung an: Wir müssen was machen, die Arbeitszeit zurückfahren. Im Januar meldet die Geschäftsführung endlich Kurzarbeit an.

»Bei mir in der Abteilung habe ich den Einbruch hautnah gemerkt: Einige Wochen vorher haben wir noch Überstunden gemacht – und plötzlich waren wir schon dienstags mit den Aufträgen für die ganze Woche durch«, berichtet Wick. »Da sind wir selbst auf die Geschäftsführung zugegangen.«

Krise, Kurzarbeit und Personalabbau. Im ersten Halbjahr 2009 produziert Bals in Kirchhundem nur halb so viel wie sonst. 40 Prozent Kurzarbeit. Auch Bals nutzt die neuen Möglichkeiten der Arbeitsagentur zur Qualifizierung in den Ausfallzeiten. Der Betriebsrat stößt Weiterbildungsmaßnahmen für die Beschäftigten an. Und auch die Betriebsratsmitglieder selbst gehen in Kurzarbeit und bilden sich weiter. Der gelernte Industrie-Elektroniker Wick macht innerhalb von vier Monaten seinen Abschluss als Betriebswirt. Das hilft, Wirtschaftszahlen besser zu verstehen. Qualifizierung ist wichtig, betont Wick. »Das haben wir den Beschäftigten auch immer wieder auf Versammlungen klargemacht.«

Doch die Kurzarbeit hat bei Bals Grenzen: Die meisten der in Kirchhundem produzierten Verteilerkästen sind Einzelanfertigungen nach Kundenwunsch, die innerhalb weniger Tage geliefert werden müssen. Ganze Bereiche wochenlang in Kurzarbeit nehmen geht da nicht. Monatelang kann der Betriebsrat Kündigungen hinauszögern. Die Geschäftsführung zieht mit. Doch im Sommer 2009 ist das Ende erreicht. Die Zahlen sind verheerend. »Da war klar: Ohne Personalabbau können wir die Krise nicht überleben«, sagt Wick. Zwar können er und seine Kollegen die Kündigungen reduzieren und weitgehend sozialverträglich gestalten, über freiwilliges Ausscheiden und Abfindungen. Immerhin: kein plötzlicher und willkürlich erscheinender Kahlschlag, wie noch zwei Jahre zuvor. Trotzdem müssen 23 Beschäftigte gehen. Auch der Einfluss des Betriebsrats hat Grenzen.

»Das ist bitter. Vor allem wenn Du die Kollegen seit über 15 Jahren kennst. Ich konnte nächtelang nicht schlafen«, erzählt Wick, der

Betriebsrat, find ich gut, da mach ich mit!

5. Betriebsratsarbeit ist vielseitig, verantwortungsvoll und spannend; Betriebsräte können bei wichtigen Fragen, die den Betrieb betreffen, mitreden und mitentscheiden, kommen mit den Kollegen ins Gespräch und erhalten Anerkennung für ihre Arbeit.

6. Betriebsräte haben die Chance, sich umfassend zu qualifizieren: Sie erwerben Kompetenz im Arbeitsrecht und bei wirtschaftlichen Themen, um auf Augenhöhe mit der Geschäftsführung reden zu können.



Foto: Thomas Range

**CARSTEN WICK,
BETRIEBSRATS-
VORSITZENDER**

in dieser Zeit täglich zwischen seiner Fortbildung und dem Betrieb hin- und herrast. »Stress pur – auch für meine Familie. Am Wochenende bin ich oft allein zu meinem Campingwagen am Edersee gefahren, um einfach mal Ruhe zu finden.«

Jetzt scheint es bei Bals wieder aufwärts zu gehen. Die Aufträge ziehen an. Der Betriebsrat will die Krise unbedingt ohne weiteren Personalabbau überstehen. Im September sind auf seine Initiative wieder einige noch schwächelnde Bereiche in Kurzarbeit genommen worden. Die Geschäftsleitung reicht jetzt auch früher umfassende Zahlen zur Wirtschaftslage weiter. Natürlich hat der Betriebsrat in kleineren Betrieben nicht die Möglichkeiten, wie Arbeitnehmervertreter in großen Konzernen, die im Aufsichtsrat direkt und eng beteiligt sind. Aber der Betriebsrat in Kirchhundem macht sich Gedanken – und hat auch bereits einige Vorschläge zu Investitionen gemacht. »Da wollen wir noch besser werden«, sagt Hinrichs. Für die nächste Betriebsratswahl im Frühjahr hoffen er und seine Betriebsratskollegen, dass sich auch kaufmännische Kollegen, die Ahnung von Zahlen haben, für die Betriebsratsarbeit begeistern. Kollegen mit guten Ideen.

Gute Ideen. Das räumt mittlerweile sogar Geschäftsführer Wolfgang Bals ein: »Der Betriebsrat hat hier viel geleistet und Sachverstand bewiesen. Auch bei der Einführung der Kurzarbeit. Die Beschäftigten, die vor Ort arbeiten, kennen die Probleme eben am besten.«

Ein echter Sinneswandel, findet Gabriele Majoros. »Gute Ideen wurden hier früher nicht ernst genommen. ›Du hast hier zu arbeiten und Punkt‹, hieß es. Und keiner sagte was, weil sich ja dann sowieso nichts änderte. Doch heute kommen die Kollegen zu uns, zum Betriebsrat, und sagen, was sie wollen. Denn heute reden wir mit.« ■

Mehr Infos und Links rund um das Thema Betriebsrat und Mitbestimmung:

► www.igmetall.de/metalzeitung

Die Internetseite zur Betriebsratswahl 2010:

► www.igmetall.de/Betriebsratswahl2010

»Damals vor der Betriebsratswahl hatten wir die Hosen voll. Aber ich habe trotzdem gesagt: ›Auf mich könnt ihr zählen. Irgendwann muss man mal sagen: Jetzt muss sich was ändern – und ich bin dabei.«

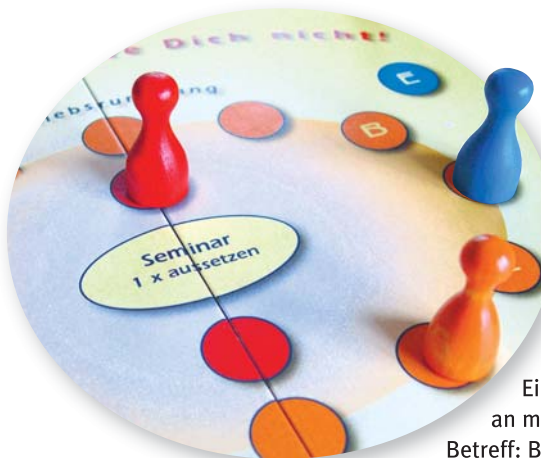


Foto: PR

Betriebsratsspiel

Strategie ist alles bei dem Spiel »Betriebsrat ärgere dich nicht«. Die metalzeitung verlost fünf Exemplare. Einfach eine E-Mail schreiben an metalzeitung@igmetall.de.
Betreff: Betriebsratsspiel. Viel Glück!

Betriebsrat von A bis Z

Kompetenz für gute Arbeit kannst Du wählen. Bald sind Betriebsratswahlen. Hier ein Glossar rund um die Mitbestimmung.

AMTSZEIT

Sie beträgt vier Jahre; die nächsten regelmäßigen Betriebsratswahlen finden vom 1. März bis 31. Mai 2010 statt.

BETRIEBSRAT

Er vertritt die Interessen der Beschäftigten und bestimmt im Betrieb mit. Der Betriebsrat ist demokratisch gewählt und hat einklagbare Rechte. Grundlage ist das Betriebsverfassungsgesetz. Damit haben auch die Beschäftigten mehr Rechte und werden an Entscheidungsprozessen beteiligt.

BETRIEB OHNE BETRIEBSRAT?

Dann ist es jetzt an der Zeit durchzustarten! Ab fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern ist die Gründung eines Betriebsrates möglich.

IG METALL VOR ORT

Sie hilft kompetent bei der Einleitung und Durchführung der Betriebsratswahl, bietet Unterstützung durch Material, Seminare und Beratung. Sie hält dem Betriebsrat den Rücken frei.

KANDIDATEN

Alle wahlberechtigten Arbeitnehmer, die seit mindestens sechs Monaten dem Betrieb angehören, können sich zur Wahl stellen.

MITBESTIMMEN

Der Betriebsrat hat umfassende Mitspracherechte. Er muss bei Versetzung, Abmahnung und Kündigung gehört werden. Er redet mit bei Entgeltfragen, wie Eingruppierung und Zulagen. Er muss bei Überstunden, der Gestaltung der Arbeitszeit und Urlaubsplanung miteinbezogen werden. Aus- und Weiterbildung, Unfallverhütung und Gesundheitsschutz gehören zu seinen Aufgaben. Der Betriebsrat hat breite Gestaltungsmöglichkeiten durch das Verhandeln von Betriebsvereinbarungen.

WAHLBERECHTIGUNG

Wählen dürfen alle Arbeitnehmer des Betriebes, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Leiharbeiter sind wahlberechtigt, wenn sie länger als drei Monate im Betrieb eingesetzt sind.

ZAHLE DER BETRIEBSRATSMITGLIEDER

In Betrieben von 5 bis 20 wahlberechtigten Arbeitnehmern besteht der Betriebsrat aus einer Person, bis 50 Arbeitnehmern aus drei Mitgliedern, bis 100 Arbeitnehmern aus fünf Mitgliedern, bis 200 Arbeitnehmern aus sieben Mitgliedern und so fort. In einem Betrieb ab 200 Beschäftigte wird ein Betriebsratsmitglied freigestellt.

DER MAUERFALL

Niemals zurück

Vor 20 Jahren fiel die Mauer. Die DDR wurde abgewickelt. Und es folgte der Kampf um Arbeitsplätze. Arbeit und Alltag – nichts blieb wie es war. Auch für den Schweißer Hans Jörg Walta aus Leipzig veränderte sich seine Welt. Die metallzeitung erinnert an die friedliche Revolution.

Eingebettet zwischen Kaufhäusern und Fußgängerzone, mitten in Leipzig: Die Nikolai-kirche ist ein Symbol. Die Kirche, in der alles begann und in der bis heute jeden Montag für den Frieden gebetet wird.

Am Abend des 9. Oktobers 1989 reichte eine Kirche alleine aber nicht mehr aus. In allen vier Gotteshäusern der Leipziger Innenstadt wurde es still. Auf den Straßen drängten sich mehr als 70 000 Menschen. Kalt wehte der Ostwind. Auch Hans Jörg Walta, damals 36 Jahre alt, nahm seinen Mantel und ging zur Montagsdemo. Zum ersten Mal. Trotz Warnungen. Aus Neugier, weil alle davon sprachen.

metallzeitung: Erinnerst Du Dich überhaupt noch an den 9. Oktober 1989?

Hans Jörg Walta: Klar, so einen Tag vergisst man nicht. Der hat mein Leben geprägt und verändert. Seither besitze ich zwei Hälften, eine DDR- und eine BRD-Hälfte. So wie alle Menschen, die in der DDR aufgewachsen sind. Der 9. Oktober ist für uns hier in Leipzig der eigentliche Feiertag. Nicht der 3. Oktober, der Tag der Einheit, oder der 9. November, als die Mauer fiel, oder der 10. November als meine Frau, meine zwei Kinder und ich das erste Mal nach Westberlin fuhren.

metallzeitung: Wurde in Deinem Betrieb über die Montagsdemos gesprochen?

Walta: Ja. Unter den Kollegen wurde diskutiert. Uns war ja längst allen klar, dass es so nicht weitergeht. Den Betrieben ging es schlecht. Immer mehr Bürger wollten ausrei-

sen. Bekannte fuhren nach Ungarn und kamen nicht mehr zurück.

metallzeitung: Was war für Dich persönlich das Besondere am 9. Oktober?

Walta: Ich war überrascht, wie viele Menschen vor Ort waren. Noch wenige Tage zuvor hatte mich mein Abteilungsleiter zur Seite genommen und gesagt, »geht dort besser nicht hin, es gibt einen Schießbefehl«. Ich wusste auch, dass sich betriebliche Kampfgruppen unter die Demonstranten gemischt hatten.

metallzeitung: Betriebliche Kampfgruppen?

Walta: Ja, die gab es früher. Das waren Kollegen, die eine betriebliche Kampf- und Schießausbildung erhielten. (Lacht.) Gegen oder für was die je kämpfen sollten, war uns nie so richtig klar. (Wieder ernst.) Aber am 9. Oktober standen wir uns praktisch direkt gegenüber. Kollege gegen Kollege. Auch unter den Bereitschaftspolizisten gab es bekannte Gesichter. Wir waren alle total angespannt. Keiner wusste, ob was passiert.

Aufbruch. Hans Jörg Walta, heute 56 Jahre alt, Meister und Betriebsratsvorsitzender, war zu DDR-Zeiten ein unauffälliger Bürger. Verheiratet, zwei Töchter. Kein Parteimitglied. Und weil er kein Mitglied war, hatte er auch keine Vorteile. Weder bei der Berufswahl, noch im Betrieb oder bei der Wohnungsvergabe.

Nach der Schule begann Walta eine Lehre als Schweißer bei Kirow, einem Betrieb, der in der Hauptsache Krane für die Sowjetunion

herstellt. Er will mehr, geht in die Abend-schule und macht Mitte der 80er-Jahre seinen Meister. Weil er immer noch kein SED-Mitglied ist, erhält er keine Führungsaufgabe. Normalität im ostdeutschen Alltag. Walta arbeitet weiter als Schweißer. Erst in der Wendezeit wurden die beruflichen Pläne Wirklichkeit. Bis heute arbeitet Walta bei Kirow. Seit 42 Jahren. Keine Normalität im ostdeutschen Alltag. Denn fast 15 Prozent der Menschen in Leipzig und Umgebung sind arbeitslos. In der Nachwendzeit sind rund 1,3 Millionen Jobs verloren gegangen, schätzt der Deutsche Gewerkschaftsbund. Zum Beispiel bei Kirow. Dort arbeiteten vor der Wende 3200 Beschäftigte. Heute sind es noch 180.

metallzeitung: Wie ging es nach dem Mauerfall für Dich weiter?



➔ **Kurz vor dem Zusammenbruch der DDR:** Auch ausgezeichneten Betrieben geht es immer schlechter.



➔ **9. Oktober 1989 in Leipzig:** 70 000 Menschen kamen, um für Frieden und Demokratie zu kämpfen. »Schließt Euch an, schließt Euch an«, riefen sie.





Foto: Thomas Härrich / transit Leipzig; Fotos Zeitreise von links nach rechts: Harald Kirschner; Heikki Saukkomaa / Lehtikuva / Picture-Alliance; atg-images / Picture-Alliance; dpa / Picture-Alliance; Harald Kirschner

Hans Jörg Walta im Betrieb: »Ob West oder Ost, wer sich nicht wehrt, hat verloren.«

Walta: Wie für alle Menschen in der DDR. Es begann eine lange Zitterpartie um meinen Arbeitsplatz. Aber ich wollte dabei nicht einfach tatenlos zusehen. Vielen bei uns im Betrieb war klar, wir brauchen ein Gremium gegenüber der Geschäftsleitung. Deshalb wählten wir bereits 1990 einen Betriebsrat.

metallzeitung: Ihr ward ja alle Gewerkschaftsmitglieder, aber die Betriebsgewerkschaften in der DDR kannten die Mitbestimmung nicht.

Walta: Richtig. Wir mussten das Betriebsverfassungsgesetz erst einmal kennenlernen. Aber vor allem drängte die Zeit, einen Betriebsrat zu gründen und Aufsichtsratsmitglieder zu wählen. Wir hatten ein Konzept in der Tasche mit dem wir zu mindest einen Teil der Belegschaft retten wollten. Diesem Konzept konnten wir aber nur als Aufsichtsrats-

mitglieder Gehör und Gewicht verschaffen. Anfang der 90er-Jahre brach hier im Osten alles weg. Keine Aufträge. Nur Schulden und Verluste. Wer sich nicht wehrte, wer keinen Betriebsrat hatte, der hatte so gut wie verloren.

metallzeitung: Wie ging es mit Kirow weiter?

Walta: 1995 fanden wir einen Investor. Der kaufte Kirow für die symbolische eine D-Mark. Auch bei uns bedeutete Zukunft für die meisten Kolleginnen und Kollegen Beschäftigungsgesellschaft und Frührente. Aber wir konnten 180 tarifgebundene Arbeitsplätze retten. Das wertete ich als Erfolg der Mitbestimmung.

Jobs gerettet. Per Tarifvertrag wurde die Beschäftigung gesichert. Doch die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes ist allgegenwärtig. Nicht nur bei Kirow. Überall. Auch im Westen.

Im Osten ist die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit allerdings besonders hoch. Die Wissenschaftsstiftung der IG Metall, die Otto-Brenner-Stiftung, unterstützt eine Studie, die sich mit den Ängsten und Hoffnungen ehemaliger DDR-Bürger befasst. Regelmäßig werden sie seit der Wende von Professoren der Uni Leipzig befragt und die Ergebnisse in der sogenannten »Sächsischen Längsschnittstudie« zusammengefasst. Die Kernfragen: Hat sich mit dem Systemwechsel etwas verbessert? Oder färbt die Zukunftsangst alles dunkelgrau? Die Antworten machen traurig. Die Zuversicht schwindet. Der Glaube an Demokratie und Freiheit blieb auf der Strecke. Das ist kein Wunder, denn 71 Prozent der Befragten, alle heute 34 Jahre alt, waren seither schon mal arbeitslos. Ohne Arbeit keine Freiheit, lautet ihre Erfahrung.

metallzeitung: Was ist für Dich die größte Errungenschaft der Vereinigung?

Walta: Keine Frage, die Demokratie. Früher in der DDR haben sich die Bürger in ihre Kleingärten zurückgezogen. Heute können wir mitgestalten. Egal ob Osten oder Westen. Derzeit gilt doch das Gleiche wie nach der Wende: Wer sich nicht wehrt, der hat verloren. Und gemeinsam können wir was erreichen, dafür steht der 9. Oktober. Dafür steht aber auch jeder Tarifabschluss, jede Beschäftigungssicherung.

metallzeitung: Was hat sich denn in Deiner Arbeitswelt am meisten verändert?

Walta: Die ständige Veränderung und Innovation sind die größten Unterschiede. Wir haben früher in der DDR auch viel gearbeitet. Aber die Geschwindigkeit, in der wir heute neue Produkte entwickeln, das ist erstaunlich.

metallzeitung: Vermisst Du manchmal die Sicherheit der DDR?

Walta: Im Betrieb ja. Arbeitslosigkeit kannten wir nicht. Zu DDR-Zeiten hat der Staat für dich gesorgt, der Betrieb hat den Staat dabei unterstützt. Heute gilt, Arbeitslosigkeit kann jeden treffen und ohne Arbeit bricht alles zusammen. Die soziale Sicherheit ist auf der Strecke geblieben. Aber zurück in die DDR? Niemals. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

➔ **10. November 1989:** In Berlin ist die Mauer gefallen. Deutschland freute sich. Nur wenige Wochen später brachen die ersten ostdeutschen Betriebe zusammen.



Langer Weg zur sozialen Einheit

Die IG Metall gedenkt in Leipzig dem Mauerfall vor 20 Jahren. Der IG Metall-Beirat, das höchste Gremium der IG Metall zwischen den Gewerkschaftstagen, tagt am 10. November in Leipzig. Im Rahmen eines Festaktes »20 Jahre friedliche Revolution – 20 Jahre Deutsche Einheit« werden der ehemalige Pfarrer der Nikolaikirche, Christian Führer, Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages sowie der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber Bilanz ziehen.

DIE LESER HABEN DAS WORT

Missbrauch der Leiharbeit

metallzeitung 9/2009, Aktuell,
»Leiharbeit wird zur Taktik«
 »Zweck der Leiharbeit war es einmal, Auftragspitzen in den Betrieben durch temporären Einsatz von Leiharbeitern aufzufangen. Aus diesem löblichen Ansatz ist ein dauerhaftes Instrument geworden, das einzig die Profitsteigerung zum Ziel hat. Ein Geschwür mit weitreichenden Folgen, sowohl für ungleiche Löhne unter den Arbeitnehmern, als auch für die Kernebelegschaften, für die Leiharbeit zu einem immer größer werdenden Druck- und Drohpotenzial wird. Nach der Krise wird es zu einem Anwachsen der Leiharbeit kommen. So ist wieder einmal die Politik gefordert, durch ändern der gesetzlichen Rahmenbedingungen den Menschenhandel im 21. Jahrhundert zu beenden.
Ralf Möllmann, Ahlen/ Westfalen

Wenn Arbeitslosigkeit droht
metallzeitung 10/2009, Recht so,
»Mehr Elterngeld durch andere Steuerklasse«

»Die Vorteile für werdende Eltern, wenn sie die Steuerklasse wechseln, sind richtig beschrieben. Aber: Ein für das Elterngeld vorteilhafter Steuerklassenwechsel, im Regelfall zu Gunsten der Mutter, kann für den Vater erhebliche

Nachteile haben. Denn wie das Elterngeld wird auch das Arbeitslosengeld nach dem Nettoverdienst des letzten Jahres berechnet, der wiederum von der Steuerklasse abhängt. Sollte der Vater also arbeitslos werden, so wird er betruibt feststellen, dass sein Arbeitslosengeld in Steuerklasse V wesentlich niedriger ausfällt als in Steuerklasse III. Beispiel: Beträgt sein Brutto 3000 Euro monatlich, so errechnet die Agentur für Arbeit bei Steuerklasse V ein Arbeitslosengeld in Höhe von 894 Euro. In Steuerklasse III hätte es 1383,90 Euro betragen. Und: Wenn die Agentur für Arbeit das Arbeitslosengeld berechnet, muss sie einen Steuerklassenwechsel im Laufe des Jahres nur dann berücksichtigen, wenn er für beide Ehepartner zweckmäßig war, also zu einem geringeren Gesamt-Steuerabzug führte.«

Wolfgang Büser, Fachjournalist für Zivilrecht, Kamen

Hoffnung auf Gutes Leben
metallzeitung 10/2009, Titel,
»Die Arenaveranstaltung der IG Metall«

»Am Abend des 9. September war klar: Wir haben für die nächste Wahlperiode eine arbeitnehmerfeindliche Koalition. Unter diesem Gesichtspunkt wünsche ich mir

sehr, dass meine Gewerkschaft gerade jetzt nicht nachlässt in ihren Bemühungen, sich für die Interessen der Arbeitnehmer stark zu machen. Schwarz-Gelb muss wissen, dass Millionen Arbeitnehmer nicht einfach so fallen gelassen werden können. Ein gutes Leben ist ja wohl nicht zuviel verlangt: menschliche Arbeitsbedingungen, Löhne, von denen man seinen Lebensunterhalt und den seiner Familie finanzieren kann, sichere Renten.«

Karin Bahlo, per E-Mail

Weg mit den Ost-Gehältern

metallzeitung 10/2009, Aktuell,
»Mindestlohn für Wäschereien«
 »Es ist zweifelsfrei richtig, dass in unserem Land Mindestlöhne für alle Branchen eingeführt werden

sollten. Aber bitte schön nicht auf Kosten des Ostens. Die Menschen im Osten sind doch nicht nur 84,69 Prozent dessen wert, wie ihre Kollegen im Westen. Das kann ich nicht als Mindestlohn-Erfolg der IG Metall erkennen, sondern nur als Beitrag zur Teilung eines angeblich wiedervereinigten Landes. Zumal damit den Kollegen im Westen in Wirklichkeit gleich zwei Bären Dienste bereit werden: Zum einen wird der Osten als »Lohndumping-Zone« auch weiterhin Druck auf die »West-Löhne« ausüben und zweitens wird damit nicht nur das Land zweigeteilt, sondern vor allem die Arbeitnehmerschaft geschwächt, weil sich Ost- und Westarbeiter uneins sind!«

Jens Schleinitz, Freital

MITMACHEN SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Briefe. Vor allem über kurze, damit wir zu vielen Themen die Meinung unserer Leser abdrucken können. Schreibt entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbriefe, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt, oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Ihr könnt uns auch über unser Service-Telefon erreichen. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der gebührenfreien Rufnummer:

0800 – 446 38 25

FRAGE UND ANTWORT

Ist die FDP nicht wählbar?

Die Gewerkschaften sehen im Wahlprogramm der FDP Gefahren für Arbeitnehmer. Vor allem für den Kündigungsschutz (soll es nur in Betrieben ab 20 Mitarbeitern geben) und den Einfluss von Betriebsräten (Zahl der Betriebsräte soll reduziert werden). Die Karikatur dazu traf trotzdem nicht jedermanns Geschmack.

metallzeitung 10/2009, Karikatur, Biggi Stahl

»In der letzten Ausgabe habt Ihr mich erheblich zum Lachen gebracht. Erst schreibt Ihr brav über die bürgerlichen Rechte, zum Beispiel demokratische Parteien wählen zu dürfen. Und dann putzt Ihr in dem Cartoon »Biggi Stahl« die FDP herunter! Es mag ja frei sein, seine schlechte Meinung über die FDP zu äußern. Aber Ihr habt sicher nicht nur mich als Doppelmitglied in der IG Metall und der FDP.«

Carsten Dietsche, Egelsbach

Antwort der Redaktion:

Du hast natürlich recht: Die IG Metall unterstützt unser demokratisches Staatssystem und vereint als Einheitsgewerkschaft Arbeitnehmer aller politischer Couleur. (Neun Prozent aller Gewerkschafter haben die FDP gewählt.) Trotzdem: Die FDP hat sich in ihrem Wahlprogramm ganz klar gegen Gewerkschaften und Betriebsräte positioniert. Deshalb stehen wir zu dieser Karikatur. Abgerechnet wird zum Schluss: Schauen wir mal, was die Koalitionsvereinbarung für uns bringt, Kollege!

ZU BESUCH BEI ULLRICH MESSMER

Von Nordhessen an die Spree

Macher, Metaller, Marathonläufer: Ullrich Meßmer schaffte den Sprung in den Bundestag und holte ein Direktmandat für die SPD. Als Bevollmächtigter wird er weiterhin für Metallerinnen und Metaller in Nordhessen da sein.

Der Tag von Ullrich Meßmer beginnt um 6 Uhr morgens. In seiner nordhessischen Heimat Calden dreht er seine Runden und läuft sich warm für einen langen Arbeitstag. Besprechungen, Termine, Betriebsversammlungen, zwischendurch klingelt das Handy, schnell tippt er eine SMS. Ullrich Meßmer ist ein Multitasker. Routiniert erledigt er viele Dinge parallel. Den Überblick behält er trotzdem.

Jetzt hat es der quirlige Metaller, Markenzeichen roter Schal, in den Bundestag geschafft. Für die SPD holte er mit 37,8 Prozent das Direktmandat im nordhessischen Wahlkreis 168. Hier in den beiden Landkreisen Kassel und Waldeck schlägt das politische Herz von Ullrich Meßmer. Hier kennt er jeden Betrieb, jeden Betriebsrat und viele IG Metall-Mitglieder. Denn seit 30 Jahren ist er für die IG Metall Nordhessen in verschiedenen Positionen tätig.

Mit dem Rad unterwegs. Im Sommer tourte er durch die Region, die er wie seine Westentasche kennt. 60 Städten und Dörfern stattete Meßmer auf dem Rad einen Besuch ab, klebte eigenhändig Wahlplakate, verteilte Briefe, führte Gespräche mit den Men-



Foto: Helko Meyer

Auch als Bundestagsabgeordneter geht Ullrich Meßmer weiter in die Betriebe wie zu VW Baunatal.

Engagiert für die IG Metall

Ullrich Meßmer, 55, kam während seiner Ausbildung zum Mess- und Regelmechaniker bei der Firma RMG in Kassel zur IG Metall. Er wurde Jugendauszubildendenvertreter und Vertrauenskörperleiter. Weitere Etappen: 1979 Gewerkschaftssekretär in Nordhessen, 1987 Zweiter Bevollmächtigter, seit 2000 Erster Bevollmächtigter in Kassel, Vorstandsmitglied der IG Metall. Für die SPD ist er Gemeindevertreter in Calden und Kreistagsabgeordneter im Landkreis Kassel.

schen am Ort. So versteht Meßmer Bürgernähe und er hat sich vorgenommen, auch nächsten Sommer mit dem Rad durch Nordhessen zu touren. Er kommt von der Basis und da will er auch bleiben. Soviel Zeit wie möglich möchte er in seinem Wahlkreis verbringen und auch seinen Aufgaben als Bevollmächtigter nachkommen. Das heißt zum Beispiel bei den Vertrauensleuten von VW-Werk Baunatal vorbeischauchen. Die stimmen gerade über die Kandidatenlisten für die Betriebsratswahl ab. Meßmer bekommt Applaus im vollbesetzten Saal, als er den jüngsten VW-Tarifabschluss erklärt, den er mitverhandelt hat.

Anschließend kommt er zur Politik. »Das ist nicht die Regierungskonstellation, die ich mir persönlich vorgestellt habe. Durch das Wahlergebnis sind Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Sozialstaat in Gefahr.« Die Metallerinnen und Metaller nicken. Die Rente mit 67 wegzubekommen dürfte nun noch schwieriger werden.

Jetzt beginnen bald die ersten Sitzungswochen des Bundestages. Eine kleine Zweizimmerwohnung in Berlin und den Dauerparkplatz am Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe hat Meßmer schon. Mit dem ICE düst er in zwei Stunden nach Berlin. Auch dort wird er wieder am frühen Morgen joggen. »Da kann ich an der Spree entlang laufen«, sagt Ullrich Meßmer. »Aber es wird nicht das Gleiche sein wie zu Hause.« ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Einen Überblick über die Bundestagsabgeordneten mit gewerkschaftspolitischem Engagement gibt die DGB-Zeitschrift Einblick in der Ausgabe 17/2009:

► www.einblick.dgb.de

RECHT SO

Auch Arbeitslose müssen sich krank melden

Wer seinen Arbeitsplatz verliert, erhält Arbeitslosengeld I (ALG I) und bleibt in der Kranken- und Pflegeversicherung pflichtversichert. Die pauschalierten Beiträge zahlt die Agentur für Arbeit. Doch worauf müssen Arbeitslose achten, wenn sie krank werden?

Carsten Schuld: Im Falle einer Erkrankung zahlt die Arbeitsagentur das Arbeitslosengeld I höchstens für sechs Wochen in voller Höhe weiter. Wichtig ist, die Arbeitsunfähigkeit unverzüglich zu melden und ein ärztliches Attest hierüber sowie die voraussichtliche Dauer beizufügen. Die Bescheinigung muss spätestens am dritten Tag beim Arbeitsamt vorliegen. Dauert die Krankheit länger als zunächst gedacht, gilt die »Drei-Tages-Frist« auch für die Vorlage der ärztlichen Folgebescheinigung. Ebenso wichtig ist es, dem Arbeitsamt zu melden, wenn die Arbeitsfähigkeit wieder hergestellt ist.

Info an die Kasse. Dauert die Erkrankung länger als sechs Wochen, werden die Leistungen aufgehoben. Man erhält dann den Hinweis, einen Antrag auf Krankengeld bei der Krankenkasse zu stellen. Diese wird in der Regel durch das Arbeitsamt informiert. Damit endet das ALG I und es besteht Anspruch auf Krankengeld in gleicher Höhe. Allerdings ist es ratsam selbst sicherzustellen, dass die Krankenkasse immer ein Attest erhält und sie auf den Ablauf der sechs Wochen hinzuweisen.

Wer Krankengeld bezogen hat, muss sich spätestens am Tag nach der Genesung erneute arbeitslos melden sowie einen Antrag auf Arbeitslosengeld stellen.

Bei Arbeitsunfähigkeit vor Leistungsbeginn oder während einer Sperrzeit, besteht kein Anspruch auf Kranken-ALG.

Erkrankt ein Arbeitnehmer während der Kündigungsfrist, erhält er bis zum Beschäftigungsende Entgeltfortzahlung. Bleibt er darüber hinaus weiter arbeitsunfähig, besteht ein Anspruch auf Krankengeld. Besonders wichtig: Eine lückenlose ärztliche Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit. Bei ein und derselben Krankheit zahlt die Kasse bis zu 78 Wochen Krankengeld. Es berechnet sich nach dem zuletzt bezogenen Erwerbseinkommen. ■



Foto: Olaf Doering

Carsten Schuld ist Jurist beim DGB-Rechtsschutz. Er beantwortet hier jeden Monat Eure Fragen.

Weitere Fragen zum Arbeitslosengeld I?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

► www.igmetall.de

→ IG Metall vor Ort

RECHTSSCHUTZ



Foto: Lorne Resnick / AGE / Fotoline

Die beste Beratung erhält, wer an alle Unterlagen gedacht hat.

Keinen Cent

Der Rechtsschutz der IG Metall bietet ihren Mitgliedern sachkundige Beratung und kostenlose Prozessvertretung. Durch die guten Kontakte in die Betriebe wissen die Experten der IG Metall über die betrieblichen und branchentypischen Entwicklungen Bescheid und können deshalb die rechtlichen Interessen von Mitgliedern effektiver durchsetzen – wenn nötig durch alle Instanzen.



Wer kann den gewerkschaftlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen?

Alle Mitglieder der IG Metall. Eine rechtliche Beratung ist nach Beitritt möglich. Rechtsschutz für eine Prozessvertretung gibt es ab einer Mitgliedschaft von drei Monaten. Die Experten der IG Metall oder des DGB-Rechtsschutzes beraten und vertreten Mitglieder gegenüber ihren Arbeitgebern, den

Trägern der Renten-, Kranken- oder Unfallversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung.



Bei welchen Streitigkeiten gibt es Beratung und Rechtsschutz?

Bei Streit nach Arbeitsunfällen, Kündigung oder Krankheit. Auch Auseinandersetzungen um Rentenbescheide, Abfindungen, Lohnabrechnungen und vieles mehr, sind Gegenstand der Klagen bei

den Arbeits- und Sozialgerichten. Bei Urlaub und Urlaubsgeld, Mutterschutz, Abmahnung oder zur betrieblichen Altersversorgung hilft und berät die IG Metall. Sie prüft Zeugnisse, Arbeits- oder Aufhebungsverträge.



Welche Vorteile bietet der gewerkschaftliche Rechtsschutz gegenüber einem Versicherungsanbieter?

Zum Beispiel die Prüfung von Arbeits- oder Aufhebungsverträgen. Eine Rechtsschutzversicherung übernimmt die Kosten einer juristischen Beratung in solchen Fällen nicht. Sie erteilt dem Anwalt oft nur dann eine sogenannte Deckungszusage, wenn eine rechtswidrige Handlung durch den Arbeitgeber vorliegt. Die Experten in den zuständigen IG Metall-Verwaltungsstellen helfen auch dann, wenn kein Streitfall zu Grunde liegt.

Sie checken Lohn- und Gehaltsabrechnungen und fordern mögliche Ansprüche für ihr Mitglied ein – zunächst außergerichtlich, notfalls auch vor Gericht. Ob Prüfung und Beratung, Prozessvertretung vor Gerichten oder Behörden: Mitgliedern entstehen keinerlei Kosten.



Übernimmt die IG Metall auch die Kosten für einen selbst beauftragten Anwalt?

Nein. Es passiert hier und da schon einmal, dass ein beauftragter Anwalt glaubt, die IG Metall komme für die Kosten auf. Mitglieder sollten darum auf der Hut sein: Es gibt strikte Regelungen zum gewerkschaftlichen Rechtsschutz. Diese sind alle in der IG Metall-Satzung und den Rechtsschutzrichtlinien festgeschrieben. Danach ist eine nachträgliche Übernahme von Rechtsanwaltskosten durch die Organisation unzulässig. Diese Kosten muss das Mitglied aus eigener Tasche zah-

len. Je nach Streitfall und Ausgang des Verfahrens eine kostspielige Angelegenheit.



Wo beantragen Mitglieder den Rechtsschutz?

Bei einem arbeits- oder sozialrechtlichen Problem gilt: Erste Anlaufstelle für Mitglieder ist die zuständige IG Metall vor Ort.

Im Falle einer Kündigung melden sich Betroffene schnell bei ihrer zuständigen Verwaltungsstelle und vereinbaren einen Beratungstermin. Zu diesem Gespräch sind sämtliche Unterlagen aus dem Arbeitsverhältnis mitzunehmen. Dadurch verschaffen sich die Beraterinnen oder Berater einen ersten Überblick.

Die Verwaltungsstelle prüft den Fall und entscheidet über die Rechtsschutzgewährung.

Das Gute: In vielen Fällen klären sich Streitigkeiten außergerichtlich.



Was sollen Betroffene zuerst tun bei einem Problem?

Bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten ist es – neben dem Termin bei der Verwaltungsstelle – dringend zu empfehlen, den Betriebsrat aufzusuchen. Vor allem dann, wenn Vorgesetzte verlangen, etwas zu unterschreiben. Es ist längst nicht alles rechtlich zulässig, was Arbeitgeber einem zur Unterschrift vorlegen. Niemals sollten Beschäftigte etwas ungeprüft unterschreiben.

Das gilt auch bei sozialrechtlichen Streitigkeiten, beispielsweise gegenüber der Arbeitsagentur.

Wer Rat benötigt, wendet sich rasch an die zuständige IG Metall vor Ort. Kontaktdaten finden sich auf dem Mitgliedsausweis der IG Metall. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Adressen aller IG Metall-Verwaltungsstellen gibt es unter:

- ▶ www.igmetall.de
- IG Metall vor Ort

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

Schmutzige Kampagne

metallzeitung sprach mit Valentin Luschenz, Betriebsratsvorsitzender bei Läßple in Heilbronn. Der Betrieb wollte ihn loswerden. Der Vorwurf: Vorteilsnahme.



Ein Kämpfer: Valentin Luschenz

metallzeitung: Was warf Dir die Geschäftsleitung vor?

Valentin Luschenz: Mein Gehalt sollte zu hoch sein und ich sollte Vorteile im Zusammenhang mit dem Abschluss des Standortversicherungsvertrages 2007 erhalten haben. Der Verdacht auf Vorteilsnahme wurde ohne jeden Anhaltspunkt erhoben. Der Vorstand musste das deshalb zurücknehmen, genau wie den Versuch, mich außerordentlich zu kündi-

gen. Wie sollte ich käuflich sein, wenn wir dem Unternehmen 23 Millionen Euro an Investitionen abringen konnten und zusätzlich für alle Beschäftigten eine vom Arbeitgeber finanzierte Altersvorsorge?

metallzeitung: Also eine gezielte Schmutzkampagne?

Luschenz: Das liegt nahe. Ende Juli habe ich mich vehement gegen weiteren Personalabbau ausgesprochen. Am Tag darauf, das lässt sich zeigen, wurden diese Aktivitäten vorbereitet. Die gleichen Anschuldigungen waren im Mai 2008 schon einmal Thema.

metallzeitung: Wie reagierte die Belegschaft darauf?

Luschenz: Mit großer Solidarität. In einer Abstimmung hat sie den Verantwortlichen der Kampagne, dem Finanzvorstand Ralf Herkenhoff und dem Personalleiter Georg Anzer, das Vertrauen entzogen. Fast 97 Prozent stimmten für ihre Abberufung. Sie hat auch dafür gestimmt, dass der Standortbetriebsrat erhalten und nicht aufgespalten wird. Wir wählen am 1. Dezember.

metallzeitung: Der Vorstand hat die »Irritationen« bedauert?

Luschenz: Ja. Das war angebracht. Der unnötige Konflikt gefährdete die Zukunft von Läßple. Jetzt haben wir den Konflikt beigelegt und wollen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zurückkehren, um miteinander die Herausforderungen der Krise zu meistern. ■

uli.eberhardt@email.de

LESESTOFF



Broschüre Junge Generation

Die typische Arbeitssituation für viele junge Menschen: Motiviert, aber ausgebremst. Daher lautet so der Untertitel der Broschüre »Junge Generation«. Sie bietet Zahlen, Fakten und viele gute Interviews zum Thema. In den Verwaltungsstellen liegen Exemplare zum Mitnehmen, oder man kann sie als PDF herunterladen unter:

- ▶ www.jungegeneration.de. ■

Für junge Migranten

Wie finde ich mit meinem Zeugnis einen Ausbildungsplatz? Antworten auf solche und andere Fragen erhalten jugendliche Migranten auf

► www.jmd4you.de.

Zudem gibt es die Möglichkeit, sich mit anderen Jugendlichen auszutauschen.

www.jmd4you.de ist die erste Online-Anlaufstelle dieser Art und dient als Ergänzung zu den sonstigen Beratungsmöglichkeiten. Einzigartig an dem Projekt ist die anonyme und persönliche Beratung in verschiedenen Sprachen. Das Projekt wird unter anderem vom Europäischen Integrationsfonds gefördert.

Vergessen verboten

Auch in diesem Jahr gibt es den Schülerwettbewerb zur Geschichte des 2. Mai 1933. Unter dem Motto »Geschichte und Politik für junge Köpfe« erforschen Schülerinnen und Schüler die Ereignisse des nationalsozialistischen Überfalls auf die Gewerkschaftshäuser. Am Beispiel eines Gewerkschaftshauses in der eigenen Stadt oder Region können Klassen, Teams oder Einzelne diesem unrühmlichen Kapitel der deutschen Geschichte nachgehen. Die geschichtliche Erinnerung wach zu halten und das Bewusstsein gegen Neonazis zu stärken, ist das Ziel dieses Wettbewerbs.

► www.zweiter-mai-1933.de



Foto: dpa / Picture-Alliance

Angriff auf die Menschenrechte: Im Mai 1933 stürmten Nazis die deutschen Gewerkschaftshäuser.

GUTER RAT

Auszeit für »Managerinnen«

Die Mutter-Kind-Kur zählt zu den Pflichtleistungen der Krankenkasse. Mütter – und ausdrücklich auch Väter – haben alle vier Jahre einen Anspruch.



Foto: fototoo / blickwinkel

Auszeit für ausgebrannte Mütter: Eine Mutter-Kind-Kur tut beiden Seiten gut.

Den Haushalt organisieren, sich um den Nachwuchs kümmern und im Job funktionieren – Stress ruft Krankheiten hervor, über die Mütter nicht hinwegsehen sollten. Die häufigsten Beschwerden sind Herz- und Kreislauftörungen, Probleme mit der Bandscheibe, Asthma oder Allergien. Aber auch psychosomatische Erkrankungen wie Ess- oder Schlafstörungen. Damit sich ausgebrannte Mütter erholen können, brauchen sie eine Auszeit – für sie gibt es die Mutter-Kind-Kur.

Der Antrag. Formulare gibt es über die Krankenkasse oder die Arbeiterwohlfahrt (AWO). Mütter sollten sich erst mit dem Arzt beraten und dann die Anträge begründen. »Je ausführlicher Ärzte beschreiben, woran die Patientin leidet, desto eher bewilligt die Kasse die Kur«, so Bruno Neurath-Wilson vom Gesundheitsservice der AWO. Die Begründung »Über-

gewicht« reiche beispielsweise nicht aus. Den »Selbstauskunftsbogen« füllen Mütter selbst aus. Sie beschreiben dort ihre Gesamtsituation. Etwa die persönlichen Belastungen als Alleinerziehende oder mögliche finanzielle Zukunftängste, weil Jobverlust droht.

Und bei Widerspruch?

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) verfügt bundesweit über 240 Kurberatungsstellen. Die Berater der AWO helfen beim Antrag und der Suche nach einer geeigneten Klinik. Wird ein Kurantrag nicht genehmigt, sollten Mütter gegen den Bescheid Widerspruch einlegen. Die AWO hilft hierbei.

► www.gesundheits-service-awo.eu

► **0 18 03-34 47 23** (9 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz)

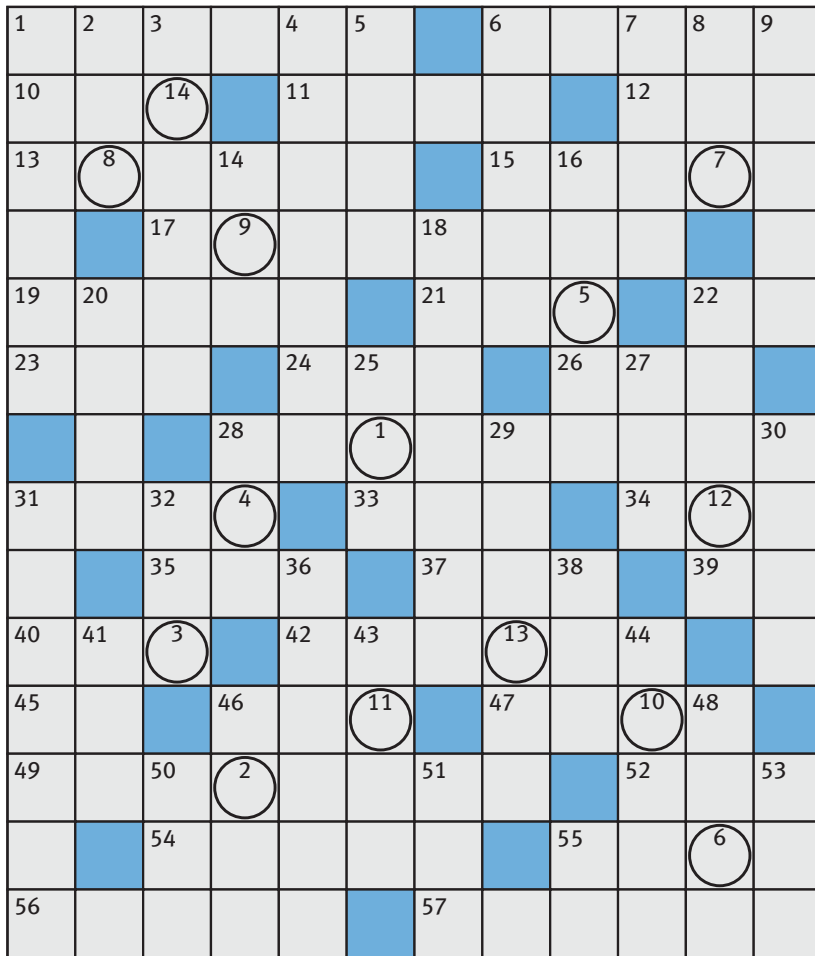
Die Kosten übernimmt die Krankenkasse, und zwar für drei Wochen. Die gesetzliche Zuzahlung von zehn Euro am Tag zahlen Mütter selbst. Gibt es keine Betreuung, dann reisen Kinder bis zwölf Jahre mit.

Der Kurort. Die Wahl der Klinik, richtet sich nach dem Krankheitsbild der Mutter. Die Ärzte vor Ort erstellen einen geschlechterspezifischen Plan, der die persönlichen Bedürfnisse der Mutter berücksichtigt. Beispielsweise die Ernährungsberatung, eine Asthma- oder eine Neurodermitisschulung oder aber sogar ein Eltern-Kind-Interaktionstraining.

Es vergehen durchaus mehrere Wochen, bis die Kasse über den Antrag entscheidet. Bewilligt die Kasse die Kur, stimmen Beschäftigte den Termin mit ihrem Arbeitgeber ab. Er zahlt bis zu sechs Wochen lang das Entgelt. ■

Antoneta.Pelivan@igmetall.de

RÄTSEL



Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

WAAGERECHT

- 1 Sieb, Sicktuch
- 6 Furcht
- 10 Sprengstoff (Abkürzung)
- 11 Buch des Alten Testaments
- 12 nicht glatt
- 13 Zierpflanze
- 15 Teil der Säge
- 17 norddt. Eintopfgericht
- 19 Küchengerät
- 21 Zufluss der Maas
- 22 Nahrungsmittel vom Hühnerhof
- 23 Europ. Weltraumorganisation (Abk.)
- 24 englisch: zwei
- 26 22. griechischer Buchstabe
- 28 unbeirrbar
- 31 Katheder
- 33 Anrede für Fremde
- 34 Windschattenseite
- 35 eines der Mainzelmännchen
- 37 eins (engl.)
- 39 altägyptischer Sonnengott
- 40 Informationsspeicher (Abk.)
- 42 antike Stadt am Tigris
- 45 Autokennzeichen von Kaiserslautern
- 46 Abk. für: Bürgerliches Gesetzbuch
- 47 englischer Adelstitel
- 49 großes Durcheinander
- 52 Meer (engl.)
- 54 nützliches Insekt
- 55 Schulstadt bei London
- 56 freundlicher Spender
- 57 Stadt in Kärnten

SENKRECHT

- 1 Unbeweglichkeit
- 2 Neckarzufluss
- 3 Italien in der Landessprache
- 4 Schlafzimmermöbel
- 5 Papierzählmaß
- 6 Bestandsverminderung
- 7 Hauptpflanze der Wiesen
- 8 Abkürzung für: Satellit
- 9 musik.: alle Stimmen
- 14 Ferment im Kälbermagen
- 16 wechselwarmes Landwirbeltier
- 18 anderer Name des Zeus
- 20 Sohn des Isaak
- 22 Zielstrebigkeit
- 25 Fragewort
- 27 Autokz. von Halle
- 28 Abkürzung für: Stunde
- 29 eh. Fadenstärkemaß
- 30 Tropenholz
- 31 Pfad in einer Grünanlage
- 32 polnischer Science-Fiction-Autor †
- 36 südasiatische Gewürzknolle
- 38 biblische Urmutter
- 41 heutiger Name Clays
- 43 internat. Kontonummer (Abk.)
- 44 Vorderste
- 46 französ. Weichkäse aus dem Gebiet der Marne
- 48 span. Stadt
- 50 Berliner Sender (Abk.)
- 51 alger. Geröllwüste
- 53 Autozeichen für Andorra
- 55 Abk. für: Europäische Union

Die Gewinner im September

Das Lösungswort:

Arena

Erster Preis: Eine Mini-Hifi-Anlage mit CD-Player
Tuguldur Purevsuren, Darmstadt

Zweiter Preis: Eine Flap-Bag »Gutes Leben«
Verena Schicha, Nittenau

Dritter Preis: Eine Baumwoll-Kappe »Gutes Leben«
Niklas Dominik, Bochum

Einsendeschluss diesmal:
25. November 2009

Die Preise im November



Erster Preis
Eine rote »Picard-Rindleder-geldbörse, Modell »Melbourne«



Zweiter Preis
Ein original Steiff-Teddy »Fynn im Koffer«



Dritter Preis
Ein Porsche-Sammelmodellauto »RS Spyder«

Bitte das Lösungswort unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

DA GEHT WAS

Stunden entlassen

Es geht immer etwas – auch in der Krise. Beim Betonpumpenhersteller Putzmeister in Aichtal bei Stuttgart standen Anfang des Jahres fast 600 Arbeitsplätze auf der Kippe. Von Entlassungen redet jetzt keiner mehr.

Die Zahl 583 hing wie ein Damoklesschwert in der Luft. Gerade hatte die Geschäftsleitung des Betonpumpenherstellers Putzmeister erklärt, dass 583 Menschen an deutschen Standorten ihren Arbeitsplatz verlieren werden, da trat der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Gerhard Schamber ans Mikrofon und sagte ruhig: »Das ist die Wunschvorstellung des Arbeitgebers. Jetzt verhandeln wir erst einmal.«

Zu einfach gerechnet. Wenige Monate später sind nicht nur die Entlassungen vom Tisch, bei Putzmeister gibt es auch zum ersten Mal einen Anerkennungstarifvertrag. Für die Beschäftigten bedeutet das: Sie nehmen an allen Tarifierhöhungen teil, haben Anspruch auf die Sonderzahlungen, werden nach Era neu eingruppiert, und 2011 führt Putzmeister in zwei Schritten die 35-Stunden-Woche ein. Dafür verzichteten die Beschäftigten auf die Einmalzahlungen aus der letzten Tarifrunde, zwei Jahre lang aufs Weihnachtsgeld, und die zweite Tarifierhöhung wurde von September auf Dezember verschoben.

Anfang Februar hatte sich die Firma eine Unternehmensberatung ins Haus geholt. Nach mehreren Jahren rasanten Wachstums zog die Krise das Unternehmen aus Aichtal bei Stuttgart mit in den Abwärtsstrudel. »Die Unternehmensberater machten eine einfache Rechnung auf«, erzählt

Schamber. »Sie gingen vom Umsatz 2004 aus und verglichen die Beschäftigtenzahlen damals mit heute. Die Differenz ergab 583.« Für Schamber eine Milchmädchenrechnung. Die Berater hatten nicht einmal die geleisteten Arbeitsstunden verglichen. Außerdem rechnete der Betriebsrat der Geschäftsleitung die Kosten der Entlassung vor. Offensichtlich überzeugend: Statt Menschen wurden bei Putzmeister Stunden entlassen. Die Beschäftigten bauten ihre Flexikonten ab, und ein

Gemeinsam kämpften sie um jeden Arbeitsplatz – die Beschäftigten bei Putzmeister und ihr Betriebsratsvorsitzender Gerhard Schamber. Am Ende hatten sie Erfolg.

Teil ging in Kurzarbeit. Und der Arbeitgeber unterschrieb den Anerkennungstarifvertrag.

Tarifvertrag? Ausgerechnet in der Krise? Vielleicht lag es ja gerade daran, denkt Schamber. Als der Betriebsrat im Juni zur ersten Aktion aufrief, war er gespannt, wie viele mitmachen würden. Die Zahl der IG Metall-Mitglieder war nicht sehr hoch. Dennoch kamen mehrere 100 Beschäftigte. »Für die Geschäftsleitung war der Druck groß, mit uns zu verhandeln.« Inzwischen hat sich die Zahl der IG Metall-Mitglieder bei Putzmeister verdoppelt, und es treten täglich neue ein.

Doch der Betriebsrat dachte auch an die Zeit nach der Krise. »Wenn es wieder bergauf geht, wird das Thema Leiharbeiter kommen«, sagt Schamber.

Deshalb vereinbarten sie, den Anteil der Leiharbeiter auf sieben Prozent zu beschränken. Außerdem bekommen sie den gleichen Lohn wie Festangestellte. Gerhard Schamber hofft: »Wenn wir jetzt Schranken setzen, wird sich der Arbeitgeber überlegen, wie viele Arbeitsplätze er in der Krise abbaut.« Denn mit Leiharbeitern kann er die Lücken später nicht einfach wieder auffüllen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Zukunftspläne schmieden

Der Maschinenbau ist eine exportstarke Branche. Doch in der Krise wurde ihm diese Stärke zum Verhängnis. Produktion und Umsatz fielen im Rekordtempo. Die IG Metall hat in einem Memorandum festgehalten, wie die Branche für die Zukunft fit gemacht werden kann. Dazu gehören: Mit Kurzarbeit Beschäftigung halten, Liquidität durch Banken und staatliche Bürgschaften sichern, Zukunftspläne mit Betriebsräten und IG Metall erstellen. Das Memorandum gibt es im Internet unter:

► www.igmetall.de/memo_maschinenbau



DIE GUTE IDEE

ZF Friedrichshafen: Betriebsrat ausgezeichnet

Betriebsrat der ZF Friedrichshafen gewinnt mit solidarischem Maßnahmenpaket den Deutschen Betriebsrätepreis in Silber.

Die Zeitschrift »Arbeitsrecht im Betrieb« verlieh erstmalig den »Deutschen Betriebsrätepreis«. Bronze ging an den Betriebsrat der Vacuumschmelze Hanau, Silber ging an die Kollegen von Audi in Ingolstadt und an den Betriebsrat der ZF Friedrichshafen. Gold ging an den Betriebsrat von Karstadt.

Maßnahmenpaket. ZF ist ein weltweit führender Automobilzulieferkonzern für Antriebs- und Fahrwerktechnik. Mehr als 2500 der 8500 ZF-Beschäftigten in Friedrichshafen sind krisenbedingt in Kurzarbeit, andere Bereiche, beispielsweise die Eisenbahntechnik, boomen bei ZF nach wie vor. Um die Krise zu bewältigen, entwickelte der ZF-Betriebsrat ein umfassendes Maßnahmenpaket.

Befristete Verträge werden bis Juli 2010 verlängert, Azubis und BA-Studenten 2009 übernommen. Azubis sind von der Kurzarbeit ausgenommen, für Mitarbeiter in Rentennähe gibt es ein Abfindungsprogramm. Kollegen in Kurzarbeit wird anteilig ein ausgleichender Zuschuss gezahlt.

Um Mitarbeiter für die Zukunft fit zu machen, wurden ein- bis dreijährige Qualifizierungsprogramme entworfen, für Studierwillige gibt es Stipendien. Ein Beschäftigungssicherungsfonds finanziert diese Maßnahmen.

Solidarischer Fonds. In den Fonds zahlte das Unternehmen knapp sechs Millionen Euro ein, und Führungskräfte verzichteten zugunsten des Fonds auf eine Erhöhung ihrer Bezüge. Die Beschäftigten spendeten jeweils 15 Stunden aus ihren Zeitkonten, viele gaben freiwillig mehr. Die Einsparungen durch die Verschiebung der zweiten Tarifierhöhung wurden zweckgebunden eingezahlt.

»Das Geld geht an die Mitarbeiter und nicht in die Taschen des Arbeitgebers«, betont Achim Dietrich-Stephan, Stellvertreter der Betriebsratsvorsitzender.

Inzwischen verfügt der Fonds über einen zweistelligen Millionenbetrag. Arbeitgeber und Betriebsrat entscheiden paritätisch über die Verwendung der Mittel. ■

Volker.Beck@igmetall.de



Gute Betriebsratsarbeit sichert Beschäftigung am Standort Friedrichshafen.

PRODUKT DES MONATS



Foto: Jochem Tack

Kunstwerk aus Stahl: Bramme für das Ruhrgebiet

Weltberühmte Stahlkunst – made in Germany

Der Einsatz der IG Metall rettete Pickhan, den Hersteller der weltberühmten Stahlskulpturen des Künstlers Richard Serra.

In Paris, in Berlin oder im Museum of Modern Art in New York – überall kann man die Skulpturen Richard Serras bestaunen. Seit mehr als 20 Jahren setzt der Amerikaner dabei auf Stahl »made in Germany« aus der Dillinger Hütte. Pickhan Umformtechnik in Siegen macht dann aus diesem Rohstahl Kunst. Nach den Plänen Serras werden dort Stahlbleche gebogen und verformt, zugeschnitten, geschweißt und zum Schluss vor Ort montiert.

Serra ist natürlich nicht der einzige Kunde, der bei Pickhan hochwertige Spezialbauteile und Sonderanfertigungen herstellen lässt. Unter anderem fertigt Pickhan Teile für Chemie-Anlagen, den Schiffs- und Flugzeugbau.

Kunstwerke aus Stahl. Eines der bekanntesten Werke in Deutschland ist die »Bramme für das Ruhrgebiet«. Die auf der Halde Schurenbach in Essen errichtete Skulptur besteht aus einer

14,5 Meter hohen und 67 Tonnen schweren Stahlplatte. Sie erinnert an die Geschichte der Stahlindustrie des Ruhrgebiets, aber auch an die Zwangsarbeiter des Zweiten Weltkrieges.

Betriebsrat statt Pleite. Anfang 2009 geriet Pickhan in Turbulenzen: Ein Kunde zahlte nicht, die Banken wollten den Geldhahn zudrehen. Eine Landesbürgschaft sollte die Firma retten. In NRW muss die IG Metall einer Bürgschaft zustimmen. Der Chef der IG Metall in Siegen, Hartwig Durt, machte klar: »Ohne Betriebsrat keine Zustimmung.« Deshalb wurde im Mai zum ersten Mal ein Betriebsrat gewählt. Die Bürgschaft und die Übernahme durch die tarifgebundenen Erntebrücker Stahlwerke sicherten 60 Jobs. Überzeugt vom Einsatz der IG Metall sind seitdem mehr als 50 Prozent der Beschäftigten der IG Metall beigetreten. ■

Volker.Beck@igmetall.de

IN KÜRZE

Plattform für Ingenieure

Für Ingenieure, die Mitglied in der IG Metall sind, gibt es eine neue Internetseite. Die Informationen sind zugeschnitten auf die speziellen Fragestellungen der Ingenieursberufe in der Arbeitswelt. Es gibt zum Beispiel den »Beratungskoffer« mit Themen wie Geheimhaltungspflicht, Außertariflicher Bezahlung und Werkstudenten. Zudem gibt es Nachrichten, Rechentools (beispielsweise den Überstundenrechner) und ein Engineering-Netz für den Austausch mit Kollegen.

► www.engineering-igmetall.de

Firmenwagenrechner

Auch wenn der Arbeitgeber die vollen Kosten eines Firmenwagens übernimmt – für Beschäftigte ist er dennoch nicht völlig umsonst. Der Grund: Es muss eine höhere Lohnsteuer gezahlt werden. Das Finanzamt rechnet den Gegenwert der Firmenwagennutzung zum Bruttolohn und erhebt auf die Summe Lohnsteuer. Ein kostenfreier Online-Rechner der Akademischen Arbeitsgemeinschaft berechnet, wie groß der finanzielle Vorteil eines Firmenwagens tatsächlich ist, wenn der Nutzungswert pauschal nach der Ein-Prozent-Methode ermittelt wird.

► www.steuertipps.de
→ Lohn und Gehalt

Leitfaden für Arbeitslose

Orientierung im Dschungel des Arbeitslosenrechts gibt der aktuelle »Leitfaden für Arbeitslose 2009« des Arbeitslosenprojekts TuWas. Arbeitsuchende, künftige Erwerbslose oder Beschäftigte in Kurzarbeit erhalten Antworten auf alle Fragen rund um ihre Rechte und Pflichten in übersichtlicher und in verständlicher Form. Der Leitfaden kostet 15 Euro inklusive Mehrwertsteuer und Porto und kann per Brief, Fax oder E-Mail bestellt werden bei:

► **Fachhochschulverlag,**
Kleiststraße 10, Gebäude 1,
60318 Frankfurt
Fax: 069-15 33-28 40, E-Mail:
bestellung@fhverlag.de

ARBEIT

TIPPS FÜR DEN JOB

Verzichten gilt nicht

Was tun, wenn der Arbeitgeber den Beschäftigten droht: »Job oder Weihnachtsgeld – Sie müssen sich entscheiden.«? Da hilft nur eins: Ruhe bewahren und sich Rat holen, beim Betriebsrat oder bei der IG Metall. Denn Angst ist kein guter Ratgeber.

In der Krise wächst bei vielen Menschen die Sorge um den Arbeitsplatz. Da ist mancher schnell bereit, auf Weihnachtsgeld oder andere Zusatzleistungen zu verzichten, wenn er damit seinen Job rettet. Doch Angst ist kein guter Ratgeber, warnt Dirk Schumann, zuständig für Tarifrecht beim Vorstand der IG Metall. »Manche Arbeitgeber nutzen die Krise, um Löhne dauerhaft zu senken. Da geht es um reine Mitnahmeeffekte und nicht um echte Krisen.«

Nur keine Panik. Dabei können Gewerkschaftsmitglieder in tarifgebundenen Betrieben gar nicht auf Leistungen aus dem Tarifvertrag verzichten. Darüber dürfen nur die Tarifvertragsparteien, also Gewerkschaften und Arbeitgeber, entscheiden. Für Gewerkschaftsmitglieder heißt das: Auch wer ei-

nen Änderungsvertrag unterschrieben und auf Weihnachtsgeld verzichtet hat, kann es einklagen. Nicht-Mitglieder schauen aber in die Röhre: Anspruch auf tarifliche Leistungen haben nur Mitglieder.

Auch in Betrieben, die nicht tarifgebunden sind, können Mitglieder ein Recht auf Leistungen haben. Ist etwa der Arbeitgeber aus dem Verband ausgetreten, wirkt der Tarifvertrag nach. Oder hat ein Arbeitgeber ohne Tarifvertrag

jährlich Weihnachtsgeld ohne Vorbehalt gezahlt, kann er es nicht einfach streichen. In diesen Fällen nichts unterschreiben. Denn dann ist das Weihnachtsgeld futsch.

Bevor Beschäftigte Ansprüche aufgeben, sollten sie sich an den Betriebsrat oder die IG Metall-Verwaltungsstelle wenden, rät Schumann. »Die Unterschrift unter den Verzicht hilft meist nur einem: dem Arbeitgeber.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Durch das Recht geschützt

- Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 Tarifvertragsgesetz ist ein Verzicht auf tarifliche Rechte unzulässig und unwirksam. Das Gesetz will verhindern, dass Arbeitnehmer kollektiv erkämpfte Rechte aufgeben, wenn der Arbeitgeber sie einzeln unter Druck setzt. Selbst bei Verzicht bleibt das Recht bestehen, da nach § 134 BGB ein unzulässiger Verzicht nichtig ist.
- Die im Betrieb gültigen Tarifverträge können beim Betriebsrat oder bei der zuständigen Verwaltungsstelle eingesehen werden.



Illustration: Christian Tölg / i-Stock

BESSER MIT BILDUNG

Zwei Wochen Quali für alle, in der Krise für die Zukunft

Der Maschinenbauer Trumpf nutzt die Ausfallzeiten in der Krise sinnvoll: für die systematische Qualifizierung der Beschäftigten.

1100 Schulungen laufen dieses Jahr beim Werkzeugmaschinenbauer Trumpf in Ditzingen. Parallel zur Kurzarbeit. Jeder der 2400 Beschäftigten soll sich im Schnitt 75 Stunden fortbilden, in Praxislehrgängen, Seminaren, anderen Abteilungen und Kundenbetrieben.

»Die Kollegen sind froh, in den Ausfallzeiten etwas sinnvolles zu machen. Ich bin zwar Hobby-Landwirt – aber irgendwann reicht es«, findet Maschinenschlosser Harald Hackh. Die betriebsinterne Lerninsel, in der er mit Azubis Handmaschinen repariert, soll bald selbst ihre Kunden betreuen. Hackh war gerade auf einem SAP-Software-Seminar und geht jetzt in den Vertrieb, um dort zu lernen. »Das bringt mich persönlich weiter und macht mich flexibler. So wird auch mein Job sicherer.«

Alle profitieren. Auch das Unternehmen. Für den Weltmarktführer im Bereich Lasertechnik sind qualifizierte Fachkräfte wichtig. Ein gemeinsames Team aus Personalwesen und Betriebsrat plant die Schulungen. Im Betriebs-Intranet können die Beschäftigten aus einem großen Angebot wählen.

Keine Notlösung in der Krise: Seit zwölf Jahren gibt es bei Trumpf eine systematische Weiterbildung. Das hat der Betriebsrat als Gegenleistung für flexiblere und längere Arbeitszeiten durchgesetzt – neben einer Arbeitsplatzsicherung und einer guten Gesundheits- und Altersvorsorge. In der Krise wird der Umfang der Qualifizierung nun verdoppelt. Sicher: Das Familienunternehmen steht zu seinen Beschäftigten. Doch ohne die Initiative des Betriebsrats hätte es weder eine derart intensive Nutzung der Kurzarbeit zur Sicherung der Jobs noch die massive Ausweitung der Weiterbildung gegeben.

»Bis Ende des Jahres sind die Arbeitsplätze gesichert. Derzeit drängen wir auf die Fortführung von Kurzarbeit und Qualifizierung«, erklärt der Betriebsratsvorsitzende Elmar Dannecker. »Die Arbeitsagentur bietet da mittlerweile unglaubliche Möglichkeiten, auch finanzielle Förderung, und arbeitet konstruktiv mit uns zusammen. 95 Prozent unserer Schulungen sind bereits genehmigt. Diese Chance müssen wir einfach nutzen. In der Krise – und für die Zukunft.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de



Foto: www.trumpf.com

Schulung bei Trumpf: 75 Stunden Qualifizierung parallel zur Kurzarbeit

AUF DEM PRÜFSTAND



Der Schichtplan 2010, der in der Mitte dieser metallzeitung liegt, hilft beim Planen.

Schichtarbeit: Bist Du eine Lerche oder eine Eule?

Viele Menschen arbeiten nachts oder in wechselnden Schichten. Wie schwer das jeweils fällt, hängt vom Typ ab.

Der Mensch ist ja eigentlich ein tagaktives Wesen – eine Lerche. Und weil der Körper nachts lieber schlafen möchte, müssen Schicht- und Nachtarbeitende häufig gegen ihre »innere Uhr« arbeiten.

Aber nicht alle Menschen haben Probleme mit den Auswirkungen der Schichtarbeit. Das fand das Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der TU Dortmund heraus. Denn: Es gibt ausgeprägte »Abendmenschen« – Eulen machen die Nacht zum Tag, schlafen dafür morgens eher lange. Und diese Abendmenschen kommen mit Schichtarbeit einfach besser klar als die sogenannten »Morgenmenschen«. Die stehen früh auf, sind früh aktiv und gehen abends früh zu Bett. Sie haben ein rigides Schlafverhalten und können ein spätes Einschlafen nicht durch längeres Schlafen ausgleichen.

Das können die Abendtypen. Und deshalb fanden sich in Testgruppen, die Nachtschichten bevorzugten, überproportional viele Abendtypen. Morgentypen ar-

beiteten ihrem Schlafverhalten entsprechend lieber in frühen Schichten oder im Tagesdienst. Unterschiede zwischen Männern und Frauen stellten die Forscher der TU Dortmund nicht fest.

Ebenso wenig scheinen Herzkreislauf- und Magen-Darm-Beschwerden mit dem Schlaftyp zusammenzuhängen. Aber: Mit dem Alter nahm die Morgenorientierung der Beschäftigten zu. Ältere Menschen versuchen also, Nachtarbeit zu vermeiden. Auch diese Ergebnisse bestätigen: Es ist sinnvoll, Mitarbeiter in die Gestaltung des Schichtplans einzubeziehen. Die Forscher raten, auch die Motivation der Beschäftigten zu berücksichtigen. Hoch motivierte Morgentypen können durchaus in der Lage sein, Nachtarbeit »wegzustecken«. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Morgen- oder Abendmensch? Hier gibt es einen Test:

► www.ifado.de → Forschung
→ Umsetzung → Praktische Anwendungen

MITMACHEN MORGEN- ODER ABENDMENSCH?

Lerche oder Eule? Welche Erfahrung habt Ihr mit Schichtarbeit gemacht? Schreibt uns. Per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

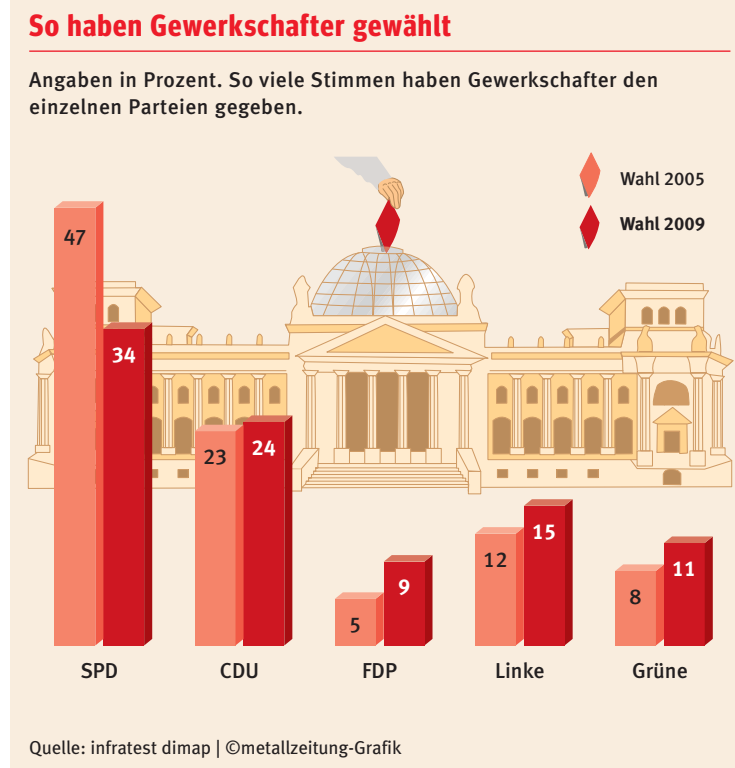
WAHLANALYSE MAL ANDERS

SPD fehlte die Machtoption

Wäre es nach den Gewerkschaftsmitgliedern gegangen, hätte die Christlich-Liberale Koalition keine Mehrheit bekommen. Doch auch die Sozialdemokraten haben bei diesen Wählern verloren. Unser Autor Oliver Sartorius vom Meinungsforschungsinstitut Infratest Dimap in Berlin erklärt, warum die SPD bei ihren Wählern nicht punkten konnte.

Bei der Bundestagswahl 2009 haben sich nur noch 34 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für die SPD entschieden, das sind etwa 13 Prozentpunkte weniger als noch 2005. Alle anderen im Bundestag vertretenen Fraktionen konnten dagegen zulegen: Die Union kommt bei den Gewerkschaftsmitgliedern auf 24 (plus 1), die FDP auf 9 (plus 4), die Linke auf 15 (plus 3) und die Grünen auf 11 Prozent (plus 3). Damit bleibt die SPD zwar stärkste politische Kraft unter Gewerkschaftsmitgliedern, verliert dort aber sogar noch etwas stärker als in der Wählerschaft insgesamt.

Der Sündenfall. Für dieses historisch schlechteste Ergebnis der SPD gibt es mehrere Gründe: Eine große Zahl der Bürger empfinden die Hartz-IV-Reformen auch 2009 als sozialdemokratischen Sündenfall. Etwa zwei Drittel der Bürger sind mittlerweile der Meinung, dass die SPD mit Hartz IV ihre Prinzipien aufgegeben habe. 2005 waren es nur 55 Prozent. Unter den ehemaligen SPD-Wählern sind sogar vier von fünf dieser Auffassung. Die Einführung der Rente mit 67, die viele Menschen als Rentenkürzung



empfinden, hat zu diesem Befund sicher beigetragen. Ein weiterer wichtiger Grund für das Abschneiden der Sozialdemokraten war die fehlende Machtoption der Sozialdemokraten. Im Wahlkampf beschränkte sich die SPD mangels Alternativen auf das Ziel, eine

schwarz-gelbe Regierung zu verhindern. Dies hatte jedoch zur Folge, dass knapp 70 Prozent der Bürger der Aussage zustimmten, »dass man nicht genau weiß, was sie [die SPD] nach der Bundestagswahl vorhat«. Dementsprechend konnte die SPD ihre

Wählerschaft von allen Parteien mit Abstand am schlechtesten mobilisieren.

Die FDP konnte dagegen mit einem Anteil von 14,6 Prozent ihr historisch bestes Ergebnis erzielen. Auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern erreichte sie prozentual den stärksten Zuwachs (plus 4 Prozentpunkte). Sie zog vor allem Wähler aus dem Lager der Union (plus 1,1 Million) aber auch von der SPD (plus 0,5 Million) auf sich. Für die Wechsler war besonders wichtig, dass die FDP gerade in den Zeiten der Wirtschaftskrise an ihrer klaren marktwirtschaftlichen Ausrichtung festhielt. Die Abwanderer aus dem Lager der Union wünschten sich vor allem einen Regierungswechsel. Für die Abwanderer aus dem Lager der SPD war dagegen die Enttäuschung über die Politik der Großen Koalition das stärkere Motiv, zur FDP zu wechseln.

Die Wahlbeteiligung erreichte mit 70,8 Prozent ebenfalls einen historischen Tiefstand. Für viele Menschen waren die Parteipositionen im Wahlkampf 2009 deutlich schlechter zu unterscheiden als noch vor vier Jahren. Fast jeder zweite Bürger war zudem der Meinung, dass keine Partei im Wahlkampf überzeugen konnte. Beide Punkte hängen direkt mit der Großen Koalition zusammen, die natürlich keine guten Voraussetzungen für einen stark polarisierenden Wahlkampf der Volksparteien geboten hat. Im Osten lag die Wahlbeteiligung noch niedriger, was unter anderem auf die traditionell geringere Parteibindung dort zurückzuführen ist. ■

Oliver.Sartorius@tns-infratest.com



Foto: TNS Infratest Sozialforschung GmbH

DER POLITIKFORSCHER OLIVER SARTORIUS:

Oliver Sartorius wurde 1968 in Mannheim geboren. In Brakel, Westfalen, machte er 1987 sein Abitur und studierte von 1989 bis 1995 Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft und Neuer Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Er wechselte ins Institut für empirische Psychologie nach Köln, wo er von 1996 bis 1998 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war. 1998 begann er als Projektleiter im Bereich Medienforschung bei TNS Infratest MediaResearch in München. Seit Anfang 2008 ist Sartorius Senior-Projektleiter im Bereich Politikforschung bei TNS Infratest Sozialforschung in Berlin.

Mehr Wahlauswertung unter:
► www.infratest-dimap.de

Stichwortsuche



CDA

Bereits vor der Wahl hatte die FDP klar gemacht, was sie als Regierungspartei mit Arbeitnehmerrechten machen will. Doch mancher CDUler stemmt sich gegen die FDP-Wunschliste. Der Arbeitnehmerflügel will an der Mitbestimmung nicht rütteln lassen.

Wenn aus der CDU Sätze kommen wie »Hände weg vom Kündigungsschutz« stammen sie meist von Vertretern der CDA. Diese Abkürzung steht für »Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft« und damit für die Arbeitnehmerorganisation der CDU. In ihr haben sich vor allem Gewerkschafter der Union zusammengeschlossen, um die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ihrer Partei zu vertreten.

Wichtiger Flügel. Als Volkspartei vereinigt die CDU unterschiedliche Gruppen. Zwar ist der Arbeitnehmerflügel nur einer von mehreren in der Partei. Aber immerhin 60 der 239 CDU-Bundestagsabgeordneten gehören der CDA an. Damit haben sie durchaus Gewicht, wenn es um Arbeitnehmerinteressen geht. So setzte die CDA in den 90er-Jahren gegen den Widerstand aus FDP und Wirtschaft die Einführung der Pflegeversi-

cherung durch. Auch bei den Mindestlöhnen sorgten sie in den letzten Jahren in der Union für ein Umdenken. Dabei gehen die Vorstellungen der CDA bei diesem Thema zum Teil noch weiter. So setzt sie sich nicht nur dafür ein, die jetzt mit der SPD eingeführten Mindestlöhne zu erhalten. Sie macht sich auch für Mindestlöhne in der Leiharbeit stark.

Was die CDA von den Plänen der FDP zu Themen wie Mitbestimmung und Arbeitsrecht hält, hat ihr Vorsitzender, der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann,

vor der Wahl deutlich gemacht. In einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« sagte Laumann voraus: »Im Arbeitsrecht wird sich die FDP in keinem Punkt durchsetzen.«

Die Mitglieder der CDA wollen jedenfalls an den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht rütteln lassen. In ihrer Entschließung zum 60. Geburtstag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) fordern sie ihre Partei auf, Betriebsverfassung, Mitbestimmung und Tarifautonomie zu fördern und auszubauen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Auch Metaller sind in der CDU

■ Als Einheitsgewerkschaft vereint die IG Metall Mitglieder aller Parteien. Die CDU-Mitglieder der IG Metall haben sich in der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen zusammengeschlossen. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sind auch Mitglied der CDA. Die Arbeitsgemeinschaft lädt alle vier Jahre zu einer Bundeskonferenz mit der CDA ein. In diesem Jahr ging es um die Frage »Was hält unsere Gesellschaft zusammen?«.

DIE ZAHL

91

Unzufriedene Väter

91 Prozent der Männer wünschen sich bessere Möglichkeiten, Job und Familie besser vereinbaren zu können. Das ergab eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung unter 1800 Männern.

Dass Väter mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen wollen, überrascht bei diesen Arbeitszeiten wenig: So arbeitete 2008 ein Vollzeitbeschäftigter in Deutschland durchschnittlich 41,2 Stunden. Im Vergleich dazu wird in Frankreich »nur« 38,4 Stunden gearbeitet. Der Durchschnitt in den 27 EU-Staaten liegt bei 40,4 Stunden und fällt damit immer noch geringer aus als die Arbeitszeiten in Deutschland.

Passend dazu ist auch die Quote der Samstags-Arbeit gestiegen: Während 1998 41,4 Prozent der Erwerbstätigen gelegentlich oder regelmäßig am Samstag arbeiteten, ist diese Zahl im Jahr 2008 auf bis 48,6 Prozent gestiegen.

Hohe Arbeitszeiten sind also ein Grund für die schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dass auch fehlende Kinderbetreuung oder zu wenig Möglichkeiten für Männer, teilszeit zu arbeiten, eine Rolle spielen, ist anzunehmen. ■



Illustration: Stephan Rürup

DAS LETZTE

WAS DIE NÄCHSTE GESUNDHEITSREFORM SO BRINGT

